

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltene Zeitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265.

Dienstag den 12. November 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Keine Dividende!

H. E. „Wer nie sein Brod mit Kaviar aß, wer nie im Leben Aktien besaß“, hat keinen Begriff von der schreckhaften Wirkung, den die gegenwärtig in Folge der Krise nicht seltsame Meldung: „Keine Dividende!“ bei den Aktionären seines Unternehmens hervorbringt, namentlich wenn sie seit lange gewohnt waren, alljährlich eine ansehnliche Dividende einzustreichen. Wie ein Hexenschuß fuhr es daher dieser Tage den Aktionären der „Deutschen Verlagsgesellschaft“ in Stuttgart — in weiten Kreisen bekannt durch ihre literarischen Erzeugnisse, insbesondere die illustrierte Wochenschrift „Ueber Land und Meer“ — in die Glieder, als die Stobspost in den Blättern auftauchte, die Verwaltung schlage vor, in diesem Jahre weder Lantien noch Dividende zu zahlen, nachdem sie in den vorangegangenen 19 Jahren ihren Aktionären erkleckliche Dividenden in die Taschen fließen ließ.

Keine Dividende! Das ist für die Aktionäre ungefähr, was Missernte für den Bauer und Arbeitslosigkeit für den Arbeiter. Was scheert ihn eine Missernte? Auf seinen papiernen Feldern pfeifen üppig die goldenen Halme des Unternehmerrgenusses. Was scheert ihn die Arbeitslosigkeit der Proletarier? Seine Arbeitslosigkeit ist ein köstliches Glück; wie die Lilien auf dem Felde ist er nicht und erntet nicht und ist doch schöner gekleidet als König Salomo in all seiner Pracht, wie's im Evangelium heißt, und seine Tafel ist bestückt mit den leckersten Produkten der Natur und des Arbeiterfleißes. Dank der Dividende! Nun diese ausbleibt, muß der Bejammernswertigen sich einschränken, zu einer geringeren Sektmarke greifen, die Zahl seiner Dienstboten vermindern, der Vergnügungs- und Pugsucht seines Hauses Bügel anlegen, vielleicht am Ende gar, horribile dictu! (Schrecklich! scheußlich!) zur Arbeit greifen; freilich nicht zur produktiven, eine solche versteht er ja nicht und die wäre auch unter seiner Würde, sondern zu einer plasmacherischen, die mit kapitalistischer Alchimie Gold macht, die von der proletarischen Arbeit geschaffenen Werte sich aneignet.

Und dazu kommt leider Gottes noch, daß die Aktien eines Unternehmens, das keine Dividende bezahlt, im Kurs herabsinken, wie an schwülen Sommertagen die Quecksilberfäule des Thermometers, wenn ein Gewitter ausbricht, und die atra cura (schwarze Sorge) stellt sich ein, wann und ob sie jemals wieder steigen, ob sie nicht am Ende gar in absehbarer Zeit Makulatur werden!

Wie deprimierend für die Favoriten (Günstlinge) der kapitalistischen Weltordnung, welchen Stoß muß ihr Enthusiasmus für dieselbe, ihr sozialer Glaube an die allein segligmachende Religion des Mammons erleiden!

In der Dividende feiert der Kapitalismus seinen höchsten Triumph. Sie vereint die Annehmlichkeit von Zins und Profit des Privatkapitalisten. Der Zins ist auf einen bestimmten Prozentsatz festgelegt, die Dividende aber ist unbegrenzt und bei annehmend prosperierenden Unternehmungen schon auf 30 und mehr vom Hundert gestiegen, ja in einzelnen Fällen haben die Aktionäre industrieller Unternehmungen sogar in einem Jahre mehr als ihre gesamte Kapitalanlage als Dividende erhalten. Der Privatkapitalist aber muß sich immer noch mit mehr oder weniger eigener Thätigkeit (freilich in seltenen Fällen produktiver) an dem Unternehmen beteiligen, wenn nicht in der Betriebs- und kaufmännischen Leitung, so doch in der auf Erweiterung und Erschließung neuer Absatzgebiete bezüglichen Spekulation. Dessen ist der Aktionär vollständig überhoben. Mit seinem Gelde kauft er die Aktien und schließt sie überflüssig in seinen Kassenstern ein; das ist seine ganze Thätigkeit und am Ende des Geschäftsjahres fallen ihm die goldenen Besperidenäpfel mühelos in den Schooß.

Das Schlaraffenland in vollendeter Gestalt. Der Aktionär ist der soziale Parasit in Reinkultur, die beste Illustration zu dem Wort von Friedrich Engels über die Bourgeoisie: „Sie scheidet von und mehr aus der Produktionsfähigkeit aus und wird mehr und mehr, wie seinerzeit der Adel, eine bloß Revenüen einbringende Klasse.“

Für die Absurdität (Ungereimtheit) der kapitalistischen Gesellschaft giebt es daher kein besseres Demonstrationsobjekt, als den Aktionär. Was bei dem Privatunternehmer noch verschleiert ist, zeigt sich an ihm sinnfällig und handgreiflich; auch ohne tiefere ökonomische Erkenntnis ist an ihm zu ersehen, daß die Arbeiterklasse säet und die besitzende Klasse die Ernte einheimst, daß diese mühelos den Reichtum abschöpft von dem Ertrag der mühevollen produktiven Arbeit.

In der Landwirtschaft aber ist es genau ebenso wie in der Industrie. Die produktive Arbeit verrichten allein die ländlichen Arbeiter; die Großgrundbesitzer dagegen, die (mit sehr geringen Ausnahmen) theils mit Feinerlei Thätigkeit am Betrieb beteiligt sind (Pacht!), theils

nur mit solcher, die lediglich auf billige Arbeitslöhne und Betriebsmittel und hohe Verkaufspreise abzielen, streichen die Rente ein. Das Schlagwort „Schutz der Landwirtschaft“ hätte daher einen vernünftigen Sinn, wenn es, analog dem Arbeiterschutz, als Schutz der ländlichen Arbeiter gegen die Ausbeutung der Grundherren gemeint wäre!

Nachdem aber die deutsche Regierung das Wort im agrarischen Sinne acceptirt hat, wäre es nicht mehr als billig, daß das Reich auch den Aktionären gegen Dividendenverlust, wie überhaupt den industriellen Kapitalisten gegen Profitverlust, Schutz gewährt. Sehr richtig führte Schäffle, der frühere österreichische Minister und bekannte Nationalökonom, in seinem jüngsten Artikel über den Zolltarif in der „Frankf. Ztg.“ aus, mit gleichem Recht wie die Großgrundbesitzer könnten die Unternehmer alle — Fabrikanten, Bauern, Handwerker — einen Minimalgewinn gewährleistet verlangen, die Hauseigentümer ein Mindestmiethe-Einkommen und die Staatsgläubiger (Obligationenbesitzer) könnten die Zinsherabsetzungen der letzten Jahre rückgängig gemacht haben wollen.

Gewiß, das wäre die logische Folgerung. Wenn aber Schäffle weiter meint, mit demselben Rechte könnte die ganze Lohnarbeiterwelt beim Sinken der Löhne einen Minimallohn vom Staate garantiert verlangen, so bekundet sich hierin der Kathedersozialist, der nicht zugeben will, daß der Staat Klassenstaat, Staat der besitzenden Klassen ist, der seinem ganzen Wesen nach lediglich nur die Interessen der Besitzenden besorgen und möglichst ausgleichen will!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vom Reichstage. Die Tagesordnung für die 97. Plenarsitzung des Reichstages am 26. November ist vom Präsidenten des Reichstages wie folgt festgesetzt: 1) Zweite Beratung der Novelle zur Strandordnung, Nr. 320 der Drucksachen; 2) zweite Beratung der Seemannsordnung mit den Nebengesetzen, Nr. 288 zu Nr. 288 und 288a der Drucksachen. Berichterstatter Dr. Semler.

Die neue Militärvorlage. Erhebliche Mehrausgaben für das Reichsheer durch Einrichtung von Maschinengewehrabteilungen sind vor Kurzem angekündigt worden. Die „Deutsche Volksw. Korresp.“ bestätigt, daß eine weitere Vermehrung der bisherigen fünf Maschinengewehrabteilungen im neuen Reichshaushaltsetat angefordert ist. Jedes Armeekorps solle in Zukunft sechs Maschinengewehr-Abteilungen von je sechs Maximawaffen erhalten. Die Stärke derselben ist festgesetzt auf 3 Offiziere, 9 Unteroffiziere, 58 Gemeine und 43 Dienstpferde. — Trotz der großen Ebbe in der Reichskasse, trotz der großen Arbeitslosigkeit und trotz der allgemeinen Theuerung also doch eine Militärvorlage; wach' ein Hohn!

Die Diätengewährung für die Reichstagsabgeordneten, so schreibt der Posadowsky-Offizier in der Münchener „Allg. Ztg.“, gilt im Bundesrat als offene; „ob sie im Laufe der Tagung ihrer Lösung entgegengeführt werden dürfte, steht dahin und hängt möglicherweise von der Art der Entwicklung der Dinge ab.“ — Das heißt also mit anderen Worten, wenn die Zolltarifvorlage sich in Folge chronischer Reichskassenschwäche im Plenum festgefahren hat.

Es wächst lawinengleich . . . der Fehlbetrag! Nicht auf 100, nicht auf 140, nein, auf 160 Millionen Mark wird jetzt nach Angabe der Münchener „Allg. Ztg.“ der Fehlbetrag im bevorstehenden Reichshaushaltsetat geschätzt, ohne daß der Wohlthätigkeit Schranken gesetzt sind. Von 160 auf 200 ist nur ein Schritt.

Der Kampf um Zolltarif und Handelsverträge. Bei der Freitag erfolgten Einweihung des Neubaus für die Krefelder Handelskammer hielt beim Festmahl Minister Möller eine Rede, in der er für einen gerechten Ausgleich bei den sich webenden wirtschaftlichen Kämpfen eintrat. Er sagte dabei:

Es kann Einem manchmal angst und bange werden bei der Frage, wie aus dem Chaos von wirtschaftlichen Fragen eine Lösung gefunden werden soll, die unser Vaterland auf seinem Wachstumspunkt erhält. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Landwirtschaft die Grundlage unserer Kraft gewesen ist. Ich betone dies hier, weil wir unbedingt auf Seiten der Industrie Verständnis gewinnen müssen. Wir dürfen die Landwirtschaft nicht fallen lassen, wir müssen ihr die Möglichkeit der Existenz schaffen und zwar innerhalb der Grenzen, in denen auch Industrie, Handel und Gewerbe zu bestehen vermögen. Diese letzteren Faktoren haben das Recht, um so mehr auf diesen Bedingungen zu bestehen, als sie heute in der Mehrheit sind. Wir würden einen Fehler machen, wenn wir, wie England, die Landwirtschaft fallen ließen. Wir müssen den Mittelweg, den rechten Ausgleich finden. Es wäre ein Unheil, wenn eine der kämpfenden Parteien als Sieger über die andere hervorginge.

Die Möllersche Behauptung, der Landwirtschaft fehle jetzt die Möglichkeit der Existenz, wird bei den Agrariern

ein jubelndes Echo hervorrufen. Die Rede beweist, daß Herr Möller vom Grafen Bülow zu lernen beginnt.

Zollzuschläge auf deutsche Importartikel werden in Frankreich geplant gegenüber dem deutschen Zolltarifentwurf, es fänden bereits Vorbesprechungen darüber statt. So lautet die Mitteilung in einem Pariser Brief an einen Freund der Münchener „Allg. Ztg.“, der „lebhafteste geschäftliche Beziehungen mit französischen gewerblichen Kreisen unterhält“.

Insterburg. Ueber den Insterburger Duellmord geht der „Nationalzeitung“ von einer Seite, die sie als vertrauenswürdig bezeichnet, ausführliche Nachricht zu. „Die Mitteilung ist“, so schreibt ihr Verfasser, „was die Information betrifft, so sorgsam bearbeitet, wie ich es vor Gott und den Menschen verantworten kann; die Sache schreit zum Himmel.“ Dem Bericht selbst entnehmen wir das Folgende: Der Leutnant Kurt Blaskowicz sollte am 1. November bei einer Schwester seiner Braut seine bevorstehende Vermählung durch einen Polterabend feiern. Am Tage vorher gab er seinen unverheirateten Kameraden im Kasino die übliche Abschiedsbowl. Daß er selbst dabei des Guten zu viel gethan hätte, haben seine Kameraden nicht bemerkt, sonst hätten sie ihn nicht allein nach Hause gehen lassen. In der frischen Luft scheint jedoch die Bowl ihre Wirkung geübt zu haben, denn als in der Reitbahnstraße die Artillerieleutnants Hildebrand und Rappmuffen ihren Kameraden Blaskowicz trafen, schien er ihnen so schwach auf den Füßen, daß sie beschlossen, ihn der Vorsicht halber nach Hause zu bringen. Leider führten sie diese Absicht nicht sofort vollständig aus; sie brachten den kaum seiner Sinne Mächtigen nur bis in die Nähe seiner Wohnung und glaubten, er würde sich von dort allein nach Hause finden. Sie waren bereits eine nicht unerhebliche Strecke von der Stelle entfernt, an der sie den Leutnant Blaskowicz seinem Schicksal überlassen hatten, als ihnen Bedenken aufstiegen, ob sie gut daran gethan hätten, den Kameraden nicht ganz nach Hause zu bringen. Deshalb kehrten sie um und fanden den Leutnant Blaskowicz fast auf derselben Stelle, wo sie ihn verlassen hatten. Augenscheinlich hatte er sich zunächst an ein Haus angelehnt gehabt, und war dann heruntergesunken, so daß ihn die beiden Offiziere in hochender Stellung, schlafend, an die Mauer gelehnt, antrafen. Sie saßen ihn deshalb unter die Arme und suchten ihn emporzuheben. Dabei schlug der Trunkene mit den Armen um sich, ohne im Schlafe zu wissen, wer ihn angefaßt hatte und gegen wen er sich wehrte. Das ist die Ursache zum Zweikampf! Am nächsten Morgen fuhr Blaskowicz, ohne eine Erlaubnis von dem zu haben, nach Deutsch-Eylau. Ein Telegramm berief ihn zurück. Er versuchte nun die Angelegenheit in der Weise zu regeln, daß er eine Ehrenerklärung den beiden Artillerieoffizieren gegenüber abgab, und die beiden Verletzten wollten sich damit auch begnügen. Es verlautet sogar, daß einer der beiden Artillerieoffiziere seine Forderung nach richtiger Würdigung der Verhältnisse zurückgenommen hatte oder habe zurücknehmen wollen. Der Ehrenrath entwarf jedoch so, daß der Zweikampf unvermeidlich war, der Brigadefeldkommandeur, Generalmajor Stamm in Gumbinnen und der aus dem Krosigkprozeß bekannte Divisionskommandeur von Alten in Insterburg haben von dieser Entscheidung Kenntnis erhalten. Am Sonntag Abend kam der Pfarrer Blaskowicz mit seiner Frau, ferner die Braut und ein Infanteriehauptmann, der mit einer Schwester der Braut in Deutsch-Eylau verheiratet ist, nach Insterburg. Am nächsten Morgen sollte der Zweikampf stattfinden. Pfarrer Blaskowicz versuchte am Sonntag Abend noch durch persönliche Rücksprache eine andere Entscheidung herbeizuführen — vergebens. Der Bericht schildert nun den Verlauf des Duells, das bekanntlich mit dem Tode des Leutnants Blaskowicz endete, und schließt mit den Worten: „Einigen theilhaftigen Herren soll jetzt manches furchtbar leid thun. Der Rest ist Schweigen.“ — Der Fall wird im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Mit welchem Erfolge, kann man voraussagen. Der preussische Kriegsminister, Herr von Gossler, wird unter dem Beifall der Rechten erklären, daß die Geschichte sehr bedauerlich sei, daß solche Fälle aber vereinzelt blieben — siehe Wöchlingen — und daß die Sitten des preussischen Offizierkorps über jedem Zweifel erhaben seien. Fortsetzung folgt in der nächsten Session.

In dem „Gazelle“-Prozeß legten, nach einer Kieler Meldung, sämtliche Verurtheilte Verurpung ein. Nachträglich wird noch über die Verhandlung gemeldet: Im Ganzen waren 24 Zeugen geladen. Der Drohettel, der gegen den Kommandanten Reizke gerichtet war, lautete: „Fort mit Leo sonst passiert auf der Reise ein Fall Krosigk für schäufstige Behandlung. Keine Freizeit, bessere Behandlung, Nacharbeit.“ Das bei der Verhandlung verlesene Lied, das auf den Kommandanten gemünzt, hat fünf Strophen, von denen jede mit dem Refrain endet: „Das sind höchstens 3 Prozent.“ Die dritte der ungelassenen Strophen lautet: „Neulich bei der Fahrt zur Probe, Er durchkreuzt den Segelport, Er dacht sich, es war zum Lobe, Doch er stoppt

„Adinas“ Fahrt. W. II. ließ signalisieren 24 Stunden Arrest. Dabei sollte er kampieren im Salon in seinem Nest. Dadurch fühlt er sich geschlagen, hat den Abschied eingereicht, doch was da übrig ist geblieben, das sind höchstens drei Prozent. — In der Presse war es fast allgemein gerücht worden, daß die Verhandlungen wegen Unterganges des Kreuzers „Wacht“ und über die Vorgänge auf der „Gazelle“ an Bord eines Kriegsschiffes abgehalten wurden, um so jede Berichterstattung zu machen. In der „Nordb. Allg. Ztg.“ wird dies offiziös als irrig bezeichnet. Das Kriegsgericht über den „Wacht“-Untergang und den „Gazelle“-Vorfall sei aus ganz anderen, bestimmten Gründen an Bord des Linienschiffes „Kaiser Wilhelm II.“ zusammengetreten. Man höre warum:

„Im ersten Falle war die Öffentlichkeit während der ganzen Verhandlung ausgeschlossen, weil es sich bei der Schuldfrage gegen den Kommandanten wesentlich um die Auslegung des tatsächlichen Reglements handelte und alle hierauf bezüglichen Fragen und Darlegungen naturgemäß im Interesse der Landesverteidigung als Dienstgeheimnis anzusehen sind. Diese Wahrung des Dienstgeheimnisses verbietet auch die Veröffentlichung der Gründe des Urtheils. Für das zweite Kriegsgericht über den Vorfall auf der „Gazelle“ ertheilte der Gerichtsherr den Befehl, die Verhandlung an Bord zu führen, weil es nöthig wurde, den nicht-sachmännlichen Mitgliedern des Kriegsgerichts das Herausnehmen einzelner Verhältnisse des Schnellladegeschützes unter den Verhältnissen, wie es bei der „Gazelle“ geschah, vor Augen zu führen. Das war nur an Bord möglich. Die Öffentlichkeit wurde nicht ausgeschlossen, es lag auch keine Veranlassung vor, hiervon während eines Theiles der Verhandlungen abzuweichen.“

Entschuldigungsgründe lassen sich leicht finden!

Die Kommission für Arbeiterstatistik wird in diesem Monat ihre Arbeiten wieder aufnehmen, nachdem sie im Frühjahr getagt hatte. Zunächst werden die Ausschüsse in der zweiten Hälfte des November zusammentreten, um die weiteren Schritte bezüglich der Behandlung des Fleischer-gewerbes und Transportgewerbes zu berathen. Für die Planarbeiten müssen noch zwei Vakantzen erledigt werden. An Stelle des verstorbenen Direktors des statistischen Amtes, Dr. v. Scheel, und des aus der Kommission ausgeschiedenen Vertreters der badischen Fabrikinspektion, Dr. Wörtschhofer, müssen Ersatzmänner einberufen werden. Das Plenum wird erst im Dezember tagen.

Im Mordprozeß Kroygt dürften einige Mittheilungen über das Schicksal der Beteiligte von Interesse sein. Die als Zeugen vernommenen Wachtmeister Wupperich und Wachtmeister Schneider sind als Invaliden anerkannt und aus dem Militärdienst geschieden, nachdem sie den Zivilversorgungsschein neben einer kleinen Pension erhalten hatten. Die Prämie von 1000 Mk. haben sie zwar dadurch verloren, doch werden sie wohl, nach dem „Geselligen“ in Graubenz, aus der Sammlung des Rechtsanwalts Horn Geld erhalten, da diese sich auf fast 8000 Mark beläuft. Auch der Sergeant Fickel, welcher noch nicht entlassen ist und über den noch das Reichs-Militärgericht Recht sprechen wird, ist auf seine Diensttauglichkeit untersucht worden. Auch er ist als Ganzinvalid anerkannt und wird, sobald er endgültig freigesprochen sein wird, ebenfalls eine Invalidenpension und den Zivilversorgungsschein erhalten. Ohne jede Ansprüche ist der Unteroffizier Domnick entlassen worden, welcher bereits in erster Instanz freigesprochen wurde.

Abermals ein „Sonnenschein“-Prozeß. Aus Frankfurt a. M., den 8. November, berichtet die „Frkf. Ztg.“: Im Anfang des Monats Januar erschien fast zu gleicher Zeit im Berliner „Vorwärts“ und in der hiesigen „Volkstimme“ ein sogenannter Sonnenschein, betitelt: „Deutsche Wägen“. In diesem Brief eines deutschen China-kämpfers wurde ein Raubzug mehrerer deutschen Soldaten geschildert und erzählt, wie dieselben in die Häuser eingedrungen seien und dort allerlei Schandthaten verübt hätten. Hieran knüpfte die Redaktion der „Volkstimme“ eine scharfe Kritik und erhob gegen die Militärbehörde den Vorwurf der Unachtsamkeit. Verantwortlich für die Artikel ist der Redakteur Dr. Max Quard, der heute angeklagt ist. Derselbe behauptet, er habe den Brief mit Konvert und abgepempelter chinesischer Marke selbst gesehen und vom Abgeordneten Bebel erhalten. Der Kriegsminister hat auch gegen den „Vorwärts“ Klage erhoben, diese Sache ist aber bis zur Erledigung der hiesigen Affaire vorläufig ausgelegt. Der Abg. Bebel wurde i. Zt. vernommen, da man den Verfasser des Briefes ermitteln wollte. Bebel weigerte sich aber, den Namen des Briefschreibers zu nennen. Uebrigens wisse er ihn gar nicht mehr; es sei jedoch ein häufig vorkommender Name gewesen. Vom Uebersetzer des Briefes, einem Verwandten des Schreibers, habe er nicht die Ermächtigung der Namensnennung erhalten. Gegen Bebel sollte daraufhin das Zehnjährigenverfahren eingeleitet werden, und der bei der Berechnung anwesende Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 200 Mk. gegen den Zeugen. Aber auch hierüber wurde früher noch nicht entschieden, sondern die Urtheils-fällung dem Frankfurter Gericht überlassen. Nach mehrwöchiger Verhandlung spricht sich der Staatsanwalt Sommer in seinem Plaidoyer dahin aus, er selbst glaube, und das sei ja auch der Sachverhalt, daß in der Schweiz eine jenseitige Fabrik für diese Panzerbriefe bestanden habe. Der Versuch des Abg. Bebel in der Reichstags-Sitzung vom 21. Februar, diese Briefe als echt und ihren Inhalt als bewiesen zu erachten, sei vollständig mißlungen. Der Staats-anwalt beantragt gegen Bebel wegen Zeugnisverweigerung 200 Mk., gegen Dr. Quard 3 Wochen Gefängniß. Der Angeklagte behauptete, der Brief sei echt und komme aus Tientsin. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenthal plaidierte auf Freisprechung. Das Gericht wird das Urtheil Mittwoch, den 13. November, verkünden. — Ein zweiter Fall gegen Dr. Quard, in dem es sich um Verteidigung eines bayrischen Heerführers handelte, wurde vertagt.

Die Krise. Bis zu welchem Grade die Krise in den Eisen verarbeitenden Industriezweigen den Arbeitsmarkt zerrüttet hat, zeigen die Ergebnisse einer Kundfrage, die die Redaktion der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ Mitte Oktober bei Arbeitgebern und Arbeitern veranfaßt hat. Die eingelangten Antworten beziehen sich auf die Beschäftigungsverhältnisse von etwa 132 000 Metallarbeitern, also mehr als dem zehnten Theil aller im Metall- und Maschinen-gewerbe beschäftigten Personen. Fast an allen Orten, namentlich aber in den Hauptzentren der Metall- und Maschinen-Industrie, so in Chemnitz, Werdau, im Esslinger Bezirk u. a. ist

eine erheblich verkürzte Arbeitszeit eingeführt, die sich auf mehr als ein Drittel der Gesamtzahl erstreckt. Die Wirkungen der Krise beschränken sich aber nicht auf die bloße Verkürzung der Arbeitszeit, sie führen zu erheblichen Entlassungen und steigern die Zahl der Arbeitslosen. Von 83 000 Arbeitern, für die Angaben vorliegen, sind 11 150 ohne Beschäftigung, d. h. 13,9 pSt. — ein Prozentsatz, der allerdings nicht ohne weiteres auf die Million Metallarbeiter, die es in Deutschland im ganzen giebt, verallgemeinert werden darf. Dazu kommt endlich die Reduktion der Lohnsätze. Fast in allen größeren Betrieben werden Lohn- und Abford-erabzüge gemacht. Am schärfsten gehen die Abfordersätze zurück. Lohnherabsetzungen haben bisher in Orien mit zusammen 80 000 Arbeitern stattge-funden.

Eine auffällige Deforation. Die „Münch. Post“ meldet: Der Hunnen-Feilich dekoriert! Der Hauptmann v. Feilich, der sich in China derart ausge-zeichnet hat, daß ihm vom Kriegsministerium der Wieder-eintritt in die bayerische Armee verwehrt worden ist, hat vom deutschen Kaiser den preussischen rothen Adler-orden 4. Klasse mit Schwertern erhalten. Die kaiserliche Verfügung ist datirt: Neues Palais, den 24. Oktober 1901. Die Ordensverleihung ist somit zu einer Zeit erfolgt, wo die Feilich'schen „Thaten“ bereits bekannt waren. — Ueber diesen Herrn hat bekanntlich Genosse Vollmar kürzlich im bayerischen Landtage erzählt, daß der Hauptmann, der schon in Deutschland sich keine großen Sympathien bei seinen Untergebenen erworben hatte, sich eines Tages, als er den Befehl erhielt, ein chinesisches Dorf zu räumen, geweigert habe, sich an die Spitze seiner Kompanie zu stellen, da er fürchtete, von hinten nieder-geschossen zu werden.

Kleine politische Nachrichten. Der Entwurf zu einer Revision des Börse-Gesetzes wird, wie jetzt verlautet, dem Reichstage noch in dieser Session sicher zugehen. Der im preussischen Handelsministerium ausgearbeitete Entwurf wird dem-nächst dem Bundesrath beizubringen, wo seine Annahme gesichert sein soll. — Von der Ansicht des Herrn v. Frege, den Posten des Vizepräsidenten aufzugeben, ist nach Aeußerungen der Berliner konservativen Blätter nichts bekannt. Die Nennung des Grafen zu Stolberg-Wernigerode als seines Nachfolgers wird als „vage Kombination“ bezeichnet. Trotzdem würde es den Kon-servativen sicherlich höchst angenehm sein, wenn der nie blas wer-dende Frege zurücktreten würde. — Der Reichshaus-halt's-Stat für das nächste Etatsjahr ist bereits vollständig fertig gestellt und den einzelnen Verwaltungen zugegangen. — Der „Reichsan-z.“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichsfanzlers über die Anfertigung der silbernen Zwanzig-pfennigstücke. Diese gelten vom 1. Januar 1902 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel, werden aber bis zum 31. De-zeMBER 1902 bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Werthe sowohl in Zahlung als auch zur Umwechslung ange-nommen. — In den Stadtverordnetenwahlen der ersten Abtheilung in Berlin wurden Sonntagabend die freisinnigen Kandidaten fast ohne Wahlkampf gewählt, darunter auch der alte Langerhans. In den Stadtverordnetenwahlen in Charlotten-burg siegte in der ersten Abtheilung die Liste der vereinigten na-politischen Fraktionen (freie Vereinigung und Fraktion Alt-Char-lottenburg) über die Liberalen. — Um der zunehmenden Arbeits-lostigkeit zu steuern, beschloßen die städtischen Kollegien in Osna-brück sofort mit Nothstandsbauten beginnen zu lassen. — Die in Eisenach tagende Konferenz von Vertretern der thürin-gischen Pfarrvereine beschloß, die Geistlichkeit Deutschlands zu einem gemeinsamen Protest gegen Chamberlain und die englische Krone zu veranlassen, die in Südafrika aufzuführen. — Die Strafkammer in Berlin verurtheilte den gräflichen Zuben-dreher Müller-K. L. Lichne wegen Anreizung verschiedener Bediensteten gegen einander in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu 300 Mark Geldstrafe und sprach den Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Böcker, von der Anklage wegen falscher Briefvergehens frei. Die betreffenden Anzeigen hatte Böcker am 14. Dezember 1900 in einer großen Volksversammlung in der Konfordinale gehalten. Böcker berichtete darüber. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, daß Böcker noch unbeschuldigt sei und aus ehrlicher Ueberzeugung gehandelt habe, wie ihm geglaubt werden solle. — In Sachen der wegen Ge-heimschänderei angeklagten polnischen Akademiker verurtheilte das Gericht in Posen auf Grund des § 128 des Strafgesetzbuches wegen Geheimchänderei nach mehrtägiger Verhandlung den Angeklagten Bolowski zu 4 Monaten Gefängniß, wovon 1 Monat als verbüßt erachtet wird. Ferner wurde ein Angeklagter zu drei, einer zu zwei, einer zu einem Monat, drei zu sechs Wochen und einer zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt. Außerdem ist beschloßen worden, gegen vier Angeklagte, die nicht erschienen waren, wegen Verbautes der Geheimchänderei einen Verhaftungs-befehl zu erlassen. — Nach zehntägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Gleiwitz (Obersch.) wurde Sonntagabend über sieben Personen das Urtheil gefällt, welche wegen Beschäftigung an den Aufschreitungen verhaftet und angeklagt waren, die am 27. Juli vor den Huldshiaschischen Werken stattge-funden haben. Dem „Oberstl. Wäbener“ zufolge sind zwei An-geklagte freigesprochen worden. Wegen Mordmordes wurde einer (als Radfahrer) zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, drei zu 1 bis 1 1/2 Jahren Gefängniß, ein Angeklagter wegen Widerstandes zu zehnmönatigem Gefängniß verurtheilt. — Recht milde hat das Oberkriegs-gericht in Frankfurter a. M. die Schindereien des Unteroffiziers Engel von Manergraben in Genau be-urtheilt (s. Ztg. heutige Beilage). Das Gericht sprach den Ange-klagten in 3 Fällen frei und nahm 24 Fälle der Mißhandlung als erwiesen an, wovon aber 23 als „weniger schwere“ Fälle anzusehen sind. Dementsprechend wurde die vom Kriegsgerichte erkannte vier-monatige Gefängnißstrafe auf 3 Monate und 15 Tage herabgesetzt. — In der Zeit vom 2. bis 9. November hat sich, der „Weltf. Ztg.“ zufolge der Bestand der Typhus-erkrankungen in Stadt- und Landkreise Gießen's von 1863 auf 1191 verringert. Während dieser Zeit sind 20 Todesfälle vorgekommen, 302 Personen als genesen entlassen worden. — In der Nacht zum Sonntagabend wurde, nach einer Mitteilung aus Stuttgart, der nach Feingehende Postwagen zwischen Feing und Köthenbach geraubt. Dem „Schwab. Merkur“ zu-folge fehlt ein Geldbrief mit 1500 Mark, ein zweiter mit 8100 Mark und außerdem die ganze Kasse. Die Räuber sind ent-tommen.

Oesterreich-Ungarn.

Das konspirative Parteiprogramm. Mit ihrem neuen Parteiprogramm ist unsern österreichischen Partei-genossen ein tragikomisches Schicksal widerfahren. Es ist nämlich konspirativ worden, konspirativ durch einen gewissen Herrn Dolinski, seines Reichens Staatsanwalt der alten polnischen Königsstadt Krakau. Dieser Fall beleuchtet das österreichische Parteibild so deutlich, daß er wahrhaftig eine nähere Beleuchtung verdient. Wie alle anderen Partei-blätter, so veröffentlichte auch der Krakauer „Kopzob“ (Vor-wärts) einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Wiener Parteitage. Der „Kopzob“ aber untersteht der Zensur des genannten Herrn Dolinski, der schon oft durch

seine Schilddrüsenstreich-Deckerreich in ein Gemisch von Heiterkeit und Entrüstung versetzt hat. Durch seinen neuesten Streich hat er sich europäische Verthmtheit verdient. Er kon-spirierte zunächst einige Stellen aus Kautsky's Rede über den Programmwettbewerb und dann auch — der Appetit kommt mit dem Essen — vom neuen Parteiprogramm die einleitenden Sätze des dritten Absatzes. Diese Verfügung gilt nun aber heiligs nicht für Krakau allein; sie hat in ganz Oesterreich Geltung. Wenn nun nicht das Krakauer Landesgericht für Strafsachen über Einspruch des verantwortlichen Redakteurs die Beschlagnahme aufhebt, so bleibt nicht nur die Ausgabe eines wahrheitsgetreuen Partei-tageprotokolls, sondern auch die Verbreitung des mühevoll geschaffenen Parteiprogramms in ganz Oesterreich für alle Zeit verboten. Es mag nun sein, daß die Staatsanwälte des zivilisirten Westens ein Auge zudrücken und von einer Verfolgung der „Verbreiter verbotener Druckschriften“ in diesem Falle gnädig absehen werden. In Oesterreich herrscht bekanntlich der Absolutismus, gemildert durch Schlämperei. Ueberall aber und jederzeit müssen die Verbreiter des „inkriminirten Programms“ gewärtig sein, auf Grund des § 24 des österreichischen Preßgesetzes in hohe Geldstrafe, wenn nicht gar Haftstrafe genommen zu werden. Ob das geschieht oder nicht, hängt ganz von dem Belieben ihres Staatsanwalts ab. Der Ministerpräsident, Herr v. Koerber, hat eine Abänderung des österreichischen Preßgesetzes versprochen. Der vorliegende Fall, der so sinnfällig wie nicht leicht ein anderer den Widerspruch des geltenden Gesetzes und die Willkür in seiner Handhabung klarlegt, wird jeden-falls den Bemühungen unserer Genossen Vorschub leisten, der leidenschaftlichen Beharrlichkeit des Ministeriums in der Nichterfüllung gegebener Versprechungen ein Ende zu bereiten.

Frankreich.

Der französisch-türkische Konflikt. Die Schnelligkeit, mit der die Türkei sich den französischen Anforderungen unterworfen hat, sobald die Sache ernst geworden war, hat in Paris eher enttäuscht als befriedigt; in der Kammer bespricht man, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Paris geschrieben wird, den errungenen Sieg fast mit Ironie, jedenfalls aber ohne offene Freude. Man hatte mit der Möglichkeit gerechnet, Frankreich eine führende Rolle im Orient übernehmen zu lassen; man hatte erwartet, daß es mit Rußland zusammen die übrigen Mächte wieder zurückdrängen könne und daß seine Festigung auf der Insel Mytilene mehr bedeute, als eine ephemere Strafexpedition. Die schnelle Nachgiebigkeit der Pforte macht alle diese Hoffnungen zu nichts und der unerwartete Erfolg wird noch durch das unabgähliche Gefühl beeinträchtigt, daß es die katholischen Ordensniederlassungen sind, die den größten Erfolg aus dem Konflikt davontreiben, denn die französische Regierung hat sich freiwillig ihrer angenommen, um ihr veraltetes „Prestige“ der katholischen Vor-macht im Orient wieder aufzurichten. Die reaktionäre Presse wird denn auch gewiß nicht verfehlen, aus dieser Begleit-erscheinung des türkischen Konfliktes möglichst viel Kapital zu schlagen. — Trotzdem man also selbst in Paris den Konflikt als völlig erledigt ansieht, ist die Aufhebung der Beschlagnahme der Zölle in Mytilene bisher noch nicht an-gekündigt worden, auch reimt sich die folgende neueste Mel-dung aus Konstantinopel mit der Beilegung des Konfliktes sehr schlecht zusammen; es wird nämlich gemeldet: „Die telegraphische Verbindung zwischen Konstantinopel und Mytilene arbeitet jetzt nur noch für die Pforte. Telegramme, die für das französische Geschwader bestimmt sind, dürfen nicht mehr befördert werden. Dem französischen Geschäftsträger Bapst wurden Freitag seine an Admiral Caillard gerichteten Depeschen von der türkischen Telegraphenverwaltung zurückgegeben mit dem Bemerkten, daß ihre Abendung verboten sei. Bapst ließ darauf Freitag Abend einen Dampfer mit allen Papieren für Caillard nach Mytilene abgehen.“ Bisher hat dieser Widerspruch noch keine Aufklärung gefunden.

In Romans, Departement Drome, kam es in einem Restaurant zwischen Soldaten, die Tags zuvor ihre Dienstzeit beendet hatten, zu einem Streit. Die Soldaten überfielen die Offiziere und verwundeten 3 schwer.

Rußland.

Aus Petersburg wird der „Breslauer Zeitung“ ge-meldet, der Minister des Innern Sjipjagin sei anlässlich der sich im mererster gestaltenden Hungerfrage im Innern des Reiches und wegen neuer Ansätze von Studenten-Unruhen telegraphisch nach Spala zum Zaren berufen worden. — Die Kommission zur Verhütung und Befämpfung der Pest in Petersburg hat, nachdem seit zwölf Tagen in Batum kein verdächtiger Krankheitsfall vorgekommen ist, alle für diese Stadt angeordneten außerordent-lichen Gesundheitsmaßregeln wieder aufgehoben. Ebenso sind Stadt und Bezirk Samtun in Kleinasien von der Kommission für pestfrei erklärt worden.

Ein wichtiges Verkehrsmittel für Rußland, wich-tig aber auch für den gesammten Weltverkehr: die Eisen-bahnlinie Kaidolowskoje — chinesische Grenze, welche die sibirische mit der man-dschurischen Bahn verbindet, ist, wie „Volks-Bureau“ aus Petersburg meldet, am Sonntagabend dem Verkehr übergeben worden.

Türkei.

Der Tod des türkischen Großveziers (Reichs-fanzlers), Halil Rifat Pascha, wird aus Konstanti-nopel gemeldet. Halil Rifat ist sehr plötzlich gestorben, man hat nichts von einer Krankheit gehört, so daß die Vermuthung nahe liegt, daß er nicht freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Die Ueberlieferung der seidenen Schnur soll ja in der Türkei noch nicht ganz außer Gebrauch gekommen sein, und es ist daher sehr leicht möglich, daß der Sultan den Groß-vezier für die gegenwärtigen Verwickelungen mit Frankreich verantwortlich gemacht hat. Diese Annahme verdient auch um so eher Glauben, wenn man sich vergegenwärtigt, daß, nach einer Wiener Meldung, den Mitgliedern des Kabinetts durch kaiserlichen Befehl dieser Tage wieder aufgegeben ist, ihren Pflichten gewissenhaft nachzukommen.

Zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei fordert den deutschen Reichsfanzler ein von Solle-ione (England) datirter Brief des Sohnes des früheren Großveziers Midhat Pascha auf. Das gegenwärtige unerträgliche Regime sei einzig verant-wortlich für die Schwere der Zustände der Türkei. Als türkischer

Patriot bittet Haydar Mibhat den Reichskanzler, den traurigen Zustand des Landes in Erwägung zu ziehen und seinen Einfluss geltend zu machen, daß eine wirksame und dauerhafte Abhilfe des beklagenswerten gegenwärtigen Zustandes geschaffen werde, der für die Zukunft der Türkei und den Weltfrieden gefährlich sei. Wie die „Frankf. Ztg.“ dazu noch erzählt, hat Haydar Pascha nicht bloß an den deutschen Reichskanzler geschrieben, sondern auch an alle Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Europa ähnliche Briefe gerandt. Indessen: der deutsche Reichskanzler, wie auch seine anderen Kollegen, hat sicherlich zur Zeit mehr zu thun, als auf innere Reformen in der Türkei zu bringen; vorläufig will er erst einmal den Wuchertarif unter Dach und Fach bringen.

Spanien.

Ein heftiger „Kulturkampf“ tobt im spanischen Senat. Am Freitag warf der Bischof von Oviedo in Fortsetzung seiner Rede dem Minister des Innern Alveizus vor und verbreitete sich über die Notwendigkeit, die Vorrechte der Kirche zu schütten. Der Minister erwiderte, das Dekret über die Kongregationen sei von guten Absichten eingegeben. Der Bischof von Valencia erklärte, alle Prälaten lieben das Vaterland. Der Bischof von Tortosa betonte, daß Jesus Christus die Apostel beauftragt habe, das Evangelium zu predigen, ohne die Kaiser und Könige um Erlaubnis dazu zu bitten. Nachdem noch der Erzbischof von Sevilla gesprochen, beantragten mehrere Konservative die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Kirche und dem Staate. Ministerpräsident Sagasta erwiderte, das bestehende Konkordat sei voll von Widersprüchen gegen den Zeitgeist; eine sofortige Reform sei deshalb notwendig.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Ueber das Schicksal der Miß Hobhouse meldet das „Bureau Reuter“: Wie es den Anschein gewinnt, ist Miß Hobhouse in Südafrika nicht verhaftet, sondern ihr lediglich bei ihrer Wiederankunft die Landung verboten worden, da sie nicht die seit der Verhängung des Kriegsrechts nötigen Erlaubnisse der Militärbehörden besaß; schließlich wurde ihr gestattet, an Bord eines abgehenden Transportdampfers nach England zurückzukehren. Sie ihr vom Kriegssamt ertheilte Erlaubnis, wieder nach Südafrika zu gehen, war vor ihrer Abreise von England zurückgezogen worden. „Morningleader“ bemerkt zur Ausweisung der Miß Hobhouse, daß Alles, was in England ritterliches Gefühl habe, sich auslehnen müsse angesichts dieser niedrigen Tyrannei.

Soldaten gesucht — gegen Antheil an der Beute! Das Blatt „Katal Witaeß“ veröffentlicht ein Inserat zur Anwerbung von Freiwilligen für den Burenkrieg. Darin heißt es u. A.: „70 Prozent des Ertrages der Beute wird unter die Offiziere und Soldaten vertheilt werden, eine sichere, gute Einkunft.“ — Vielleicht hat Italien und die Türkei einige Räuber abzugeben!

Aus einer der „Voss. Ztg.“ zur Verfügung gestellten Postkarte eines deutschen Bureauoffiziers, der bei Glanstaagte in englische Gefangenschaft geriet und sich in Deadwood Camp auf St. Helena befindet, ist zu entnehmen, daß den unter tödlicher Langeweile leidenden Gefangenen nicht einmal mehr die Wohlthat der Zeitungslektüre vergönnt ist. Alle Zeitungen und anderen Druckschriften, die unter Kreuzband eingehen, werden schonungslos verbrannt. Ein solches Verhalten läßt sich durch nichts rechtfertigen und kennzeichnet sich als eine überflüssige Grausamkeit, die allerdings ganz zu dem System paßt; nach dem dieser an sich unruhliche Krieg geführt wird.

Vereinigte Staaten.

Präsident Roosevelt konferiert, wie dem „B. L.“ aus New-York gemeldet wird, mit den Trustmagnaten und Arbeiterführern über ein sozialpolitisches Programm. Arbeiterschutzgesetze und eine strenge Kontrolle aller Syndikate dürften angeblich schon in seiner ersten Botschaft dem Kongreß empfohlen werden.

Ueber die Meuterei der Strafgefangenen im Fort Leavenworth, worüber wir bereits in letzter Nummer unter „Kl. pol. Nachr.“ berichteten, wird den Londoner „Evening News“ noch aus New-York berichtet: 450 Sträflinge waren mit der Errichtung von Ballisaden für das neue Zuchthaus beschäftigt. Einer von ihnen verschaffte sich drei Revolver von außerhalb und bewaffnete seine Gefährten, worauf drei Mann in das Bureau drangen, wo vier Gefängnisbeamte konferierten. Das Telephon wurde von der Wand herabgerissen und die Beamten genöthigt, ihnen voranzugehen. Die militärischen Wachen legten die Gewehre auf die Sträflinge an, aber die Beamten verboten ihnen zu schießen. Andere Züchtlinge bemächtigten sich der Gewehre und Revolver und schlossen sich den Dreien an. Einige Wachen eröffneten ein Feuer auf die Meuterer, wobei drei von diesen getödtet und mehrere verwundet wurden. Zwei Wachen wurden tödtlich, einige leicht verwundet. Dreißig Sträflinge schlossen sich den Meuterern an, die das Freisuchen und auf Meilen im Kreise die Farmen plündern. Kavallerie verfolgt die Meuterer, wovon viele sich schon beritten gemacht haben. Bisher ist keiner von ihnen gefangen worden. — Nach einer neuerlichen Meldung wurden fünf der Strafgefangenen Freitag in einer Scheune 25 Meilen von Leavenworth entfernt von Bürgern umzingelt. Da sie sich nicht ergeben wollten, feuerten die Bürger auf dieselben; sie tödteten drei derselben und verwundeten zwei.

Philippinen.

Ueber einen Erfolg der amerikanischen Waffen auf der Philippinen wird aus Manila gemeldet: Einem Telegramm aus Catbalogan zufolge griff Oberst Waller die Aufständischen, welche eine feste Stellung innehalten, am Donnerstag mit zwei dreißigigen Kanonen an; er beschoß das besetzte Lager der Filipinos am ersten Tag, ohne die Aufständischen daraus vertreiben zu können. Am folgenden Tage machte er indessen einen zweiten verzweifelten Angriff, und es gelang ihm, den Platz zu nehmen. Zwei amerikanische Seesoldaten und 26 Aufständische fielen. Waller zerstörte 70 Häuser.

China.

Li-Hung-Tschang's Ehrungen und seine Nachfolger. In Peking ist, einer Reuter-Meldung zufolge, ein

Edikt eingetroffen, nach welchem Juansichai zum Gouverneur von Petchili und das Mitglied des Kabinetts Wangwen-tichao zum Nachfolger Li-Hung-Tschang's als Bevollmächtigter ernannt und beiden befohlen wird, sich sofort nach Peking zu begeben. In einem zweiten Edikt wird, (chinesischem Brauche entsprechend, wonach den Todten noch folgerichtliche Ehren erwiesen werden,) Li-Hung-Tschang zum Marquis ernannt und ihm der neue Name Li-Hung-tschang gegeben. — Wangwen-tichao, der Nachfolger Li-Hung-Tschang's als Bevollmächtigter der chinesischen Regierung, ist 74 Jahre alt, schwerhörig und wurde niemals für einen Staatsmann oder Diplomaten angesehen. Diese Ernennung scheint eine einstweilige zu sein. Der Nachfolger Juansichai's in Schantung, Tschangentschun, ist eine unbekante Persönlichkeit, die bisher das Unbedeutende, wenn auch sehr einträgliche Amt eines Getreidekommissärs in einer Stadt im Innern von Schantung verwaltete. — Eine Peking-Depeche Londoner Zeitungen meldet noch, der Tod Li-Hung-Tschang's sei durch Aufregung infolge einer förmlichen Unterredung mit dem russischen Gesandten Lesjar beschleunigt worden, wobei Li erklärte, er sei instruiert, den Mandchuren-Vertrag vor der Unterzeichnung den europäischen Mächten zu unterbreiten.

Vom Mandchuren-Vertrage wird in den „Times“ aus Hankau vom 3. d. M. berichtet. Die Meldung beruft sich auf den Wortlaut des Vertrages, wie er vom Großen Rathe der Vikeregierung Südhinas mitgetheilt worden sei. Durch die Veröffentlichung werden im Allgemeinen die schon bekannten Mittheilungen bestätigt, jedoch wird die Zurückziehung der russischen Truppen aus der Mandchurei von der Bedingung abhängig gemacht, daß kein neuer Aufstand dort ausbricht und keine Aktion irgend einer anderen Macht dazwischentreitt. Bezüglich der Provinzen Kirin und Heilungschiang verspricht ferner Rußland nur, daß im Jahre 1903 die Möglichkeit einer Zurückziehung der Truppen von dort in Erwägung gezogen werden solle. Die Zahl der chinesischen Truppen, welche in der Mandchurei gehalten werden soll, wird im Einverständnis mit den russischen Militärbehörden festgesetzt werden. In diesem Vertrage wird nichts von Minen-, Handels- oder anderen ausschließlichen Vorrechten erwähnt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 11. November.

An die Parteigenossen des 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises und des Fürstenthums Lübeck!

Am Sonntag, den 24. November 1901, Nachm. 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Lange in Neustadt i. S., Rosengarten, eine Wahlkreis-Konferenz statt. Die Tagesordnung lautet:

- 1) Bericht und Abrechnung der Vertrauensleute im Kreise,
- 2) Agitation und Organisation:
Ref. Genosse Paul Weinheber-Hamburg,
- 3) Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge.

Der Konferenz geht eine Vorkonferenz voran, welche am gleichen Tage Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ im selben Lokal stattfindet.

Die Genossen werden erjucht, nunmehr baldmöglichst die Wahl der Delegirten vorzunehmen.

Die Delegirten wollen Unterzeichnetem unmittelbar nach erfolgter Wahl Mittheilung hiervon zukommen lassen; dieselben müssen am Konferenztage um 10 Uhr hier eintreffen. Etwaige Anträge sind an den Genossen H. Viena u, Neumünster, Wicelinstr. 14, zu richten.

Mit Parteigrüß

H. Rogge, Vertrauensmann,
Neustadt i. S., Grünergang 91.

Achtung Schutzmacher! Infolge Differenzen ist über die Lübeck St. Lorenz-Beschlankstalt, Inhaber R. Kroll, Catharinenstraße 45, die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten. Die Lohnkommission.

Der tödtliche Unglücksfall auf dem Berg'schen Spüler Nr. 5 hätte, wie wir bereits dargelegt haben, vermieden werden können, wenn nur das erforderliche Rettungsmaterial vorhanden gewesen wäre. Im Interesse der Hinterbliebenen, sowie auch im Interesse der übrigen dort thätigen Arbeiter haben wir bereits eine eingehende Untersuchung gefordert. Wir sind nun heute in der Lage, unsere letzten Mittheilungen in dieser Sache noch dahin ergänzen zu können, daß es in der fraglichen Nacht an dem Spüler und in der Nähe desselben so dunkel gewesen ist, daß man überhaupt nichts sehen konnte. Es brannte nämlich auf dem Spüler außer dem Toplicht nur eine Lampe. Wie uns ferner mitgetheilt wird, hat auch während der folgenden Nächte bis 2 Uhr nur eine Lampe gebrannt. Wir fragen, wen die Schuld an dieser Fahrlässigkeit, durch die direkt Unglücksfälle heraufbeschworen werden, trifft; soweit wir in Erfahrung bringen konnten, hat der Bauführer Hünecke die Aufsicht über den Spüler zu führen. Hoffentlich wird die Untersuchung ergeben, wem die Schuld sowohl an dem Unglücksfall, als auch an der oben gerügten Fahrlässigkeit trifft. — Dieser Unglücksfall, dem ein junges blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist, kennzeichnet wieder einmal zur Genüge, wie fahrlässig man mit dem Leben der Arbeiter verfährt. Zunächst läßt man die Leute in einer Dunkelheit arbeiten, die jeder Beschreibung spottet, und wenn dann, hervorgerufen durch irgend einen Umstand, einmal ein Unglücksfall passiert, dann ist man nicht im Besitze auch nur des geringsten Rettungsmaterials; der durch einen Ruck über Bord Geschleuderte muß elendiglich ertrinken, nachdem er vorher, wie in diesem Falle, bereits annähernd vierundzwanzig (!) Stunden gearbeitet hat. Fürwahr, die Geschichte der kapitalistischen Gesellschafts-„Ordnung“ kann demaleinst geschrieben werden mit dem Blute jener ungezählten treuen Arbeiter, die im Dienste des Kapitalismus ihr Leben lassen mußten; deren Tod man, wie in diesem Falle, durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat. Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die ihr bisher noch der großen, für Beseitigung dieser „herrlichen Ordnung“ kämpfenden Arbeiterbewegung ferngestanden habt, zieht euch diesem indirekten Mord an einem Eurer Arbeitsbrüder die richtige Lehre: Reicht Euch ein in die Arme des um seine Befreiung ringenden Proletariats; sorgt mit uns dafür, daß die in der Ferne bereits dämmende Morgenröthe recht bald

Platz machen wird dem goldenen Sonnenlicht einer besseren Gesellschaftsordnung.

Hausflächler sind nach dem Invalidenversicherungs-gesetz versicherungspflichtig, worauf wir diejenigen, welche hausflächlerischen Lasten, zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten, aufmerksam machen.

Die Bahnverbindung Lübeck-Schlutup soll sichern Vernehmen nach, sobald die Bahnhofsprojekte genehmigt sind, zuerst hergestellt werden. Nun, lange genug haben die Schlutuper auch schon warten müssen.

Einziehung der silbernen 20 Pfennig-Stücke. Laut einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger gelten die silbernen 20 Pfennigstücke ab 1. Januar 1902 nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

Die nächste Verammlung der Bürgerchaft findet am Montag, den 18. November, Vormittags 10 Uhr im Bürgerchaftssaale statt. — Ob die verschiedenen „Vorbereitungen“ hinsichtlich unserer Zulassung zum Bericht-erfasserische bis dahin wohl vorgenommen sein werden?

Winkler's Museum auf dem Burgfelde wird noch bis zum 17. d. Mts. geöffnet sein. Um nun auch der Minderbemittelten Gelegenheit zu geben, an den dort ausgestellten Präparaten seinen Körper studieren zu können, ist das Eintrittsgeld auf 30 Pf. herabgesetzt worden. Ferner hat die Direktion, vielfachen auf dieselbe gerichteten Wünschen entsprechend, noch zwei Damen-tage arrangirt und finden dieselben am kommenden Dienstag und Freitag statt. Da an diesen Tagen an der Hand einer zerlegbaren weiblichen Figur sämtliche Frauenleiden erklärt werden, wollen wir nicht verfehlen, unsere Leserinnen auf dieselben aufmerksam zu machen. Es wird dort so viel des Interessanten und Lehrreichen geboten, daß sich ein Besuch des Museums wohl lohnt.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Dienstag Abend gastirt Albert Sontoueff zum zweiten Male in der gänzlich neu ausgestatteten Strauß'schen Operette „Der Zigeunerbaron.“ Für Mittwoch und Donnerstag ist das Repertoire noch nicht genau festgelegt; wahrscheinlich wird jedoch an diesen beiden Abenden die Balladine-Trilogie wiederholt. Am Freitag geht zum ersten Male unter Mitwirkung des gesammten Opern- und Schauspielpersonals Verdi's Oper „Aida“, die seit langer Zeit hier nicht gegeben worden ist, mit gänzlich neuer Ausstattung und auf's Sorgfältigste einstudirt, in Szene. Am Sonnabend findet als dritte Schiller- und Volksvorstellung bei kleiner Besetzung eine Aufführung von Lessing's „Mathan der Weise“ statt.

Einem Selbstmordversuch unternahm Sonntag Vormittag ein Einwohner der Gloginstraße, indem sich derselbe zu erschließen versuchte. Der anscheinend schwer Verletzte wurde, nach Anlegung eines Nothverbandes durch Herrn Dr. Schnoor, mittelst Sanitätswagens dem Krankenhaus zugeführt.

Schöffengericht. Umfangreiche Diebstähle sind, wie wir i. Zt. auch berichtet haben, in einem hiesigen größeren Seidengeschäfte vorgekommen. Am Freitag standen nun die Hausdiener W. und L. wegen Diebstahls resp. Hülerei vor den Schranken des Gerichts. Die beiden Angeklagten waren in dem erwähnten Seidengeschäfte beschäftigt gewesen. W. hat nun seit geraumer Zeit aus dem Geschäft alle Sachen, die er nur irgendwie hat aufreiben können, entwendet und sie seinem Kollegen L., der ein getreuer Abnehmer derselben war, überliefert; dieser hat dann die Sachen an den Mann gebracht. In der Verhandlung schob der Eine die Schuld auf den Anderen ab; aus diesem Grunde bemah das Gericht die Strafthaten der Beiden gleich und erkannte auf je drei Monate Gefängnis.

Pferdediebstahl. In der Nacht zum Sonnabend vor. Woche wurden in Jechmen unweit Schönberg i. M. eine schwarze, weißgefleckte und eine braune Stute mit Stern gestohlen. Die Diebe dürften mit ihrem Raube über Schönberg nach Lübeck und von hier aus weiter geblüht sein, da in Schönberg ein Bauwagen und hierorts ein blau-grau gestrichener Rollwagen verschwunden ist. Vermuthlich haben die Diebe die von ihnen gestohlenen Pferde zum Fortschaffen der beiden Wagen benutzt. Der Bauwagen wurde inzwischen am Wall hinter dem Bahnhofe aufgefunden. Von den Thätern fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ein Arbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm von seinem Logiskollegen ein Paar Zugtiefer gestohlen seien, womit derselbe das Weite gesucht habe. — In der Nacht zum Sonnabend vor. Woche wurde aus einem Hause in Krempelesdorf mittelst Einsteigens eine Seite geräucherter Speck von etwa 10 Pfund gestohlen.

Kleine amtliche Nachrichten. Ueber das Vermögen des Kolonialwaarenhändlers Jarns, Untertrabe 69, ist am Sonnabend das Konkursverfahren eröffnet worden. Rechtsanwält Dr. Weber ist zum Konkursverwalter ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 2. Dezember beim Amtsgericht anzumelden. Echter Termin findet am 3. Dezember, 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags, statt.

Stockelsdorf. Die ausführliche Begründung des Protestes einiger Gemeinderaths-Mitglieder gegen die von der Regierung in Gütin beliebte Rechtslosmachung des Gemeinderathes ist nunmehr fertiggestellt und dem Ministerium des Innern in Oldenburg zugestellt worden. Sollte dieser Protest, was wohl nicht zu erwarten steht, zurückgewiesen werden, dann werden, dem Beschlusse der Gemeindeglieder-Verfassungen entsprechend, Petitionsbögen in Umlauf gesetzt.

Krummeffe. Ein schreckliches Unglück ereignete sich hier kürzlich in der Familie des Arbeiters Kruse. Die Frau desselben hatte ihre drei Kinder allein zu Hause gelassen, um etwas einzuholen. Trotz der Mahnung der Mutter, im Bett liegen zu bleiben, waren die Kinder doch in die Küche gegangen und spielten hier. Dabei fingen die Kleider des zweijährigen Kindes Feuer, das Kind erlitt so erhebliche Brandwunden, daß es nach kurzer Zeit unter qualvollen Schmerzen verstarb.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In einer Versammlung in Wismar, in welcher Stellung genommen wurde zu den bevorstehenden Bürgerauswahlgewahlen, stellte die Arbeiterschaft u. A. auch den Genossen H. o. l. f. als Kandidat auf. Die Aufstellung desselben erfolgte, um zu erkennen zu geben, daß die Wähler der 3. Klasse trotz der Verurtheilung Hoffs durch das bürgerliche Gericht denselben doch als Ehrenmann ansehen. — In der Wohnung des verantwortlichen Redakteurs des „Hamb. Echo“, Genossen W. a. b. e. r. s. b. y., wurde am Sonnabend eine Hausdurchsuchung abgehalten. Gesucht wurde, und zwar erfolglos, nach

dem Manuskript einer Notiz über eine Kriegsgerichtsverhandlung wegen einer Soldatenmissethandlung in Kiel, in welcher am Schluß betont wurde, daß es notwendig sei, den Soldaten das Recht der Nothwehr gegenüber thätlichen Angriffen seitens der Vorgesetzten zu geben. — Bei der Gewerbegerichtsbeiherrwahl in Bergedorf siegte die Liste der vom Kartell aufgestellten Arbeitnehmer. — Bei der Gewerbegerichtsbeiherrwahl in Geestemünde wurden bei schwacher Beteiligung in der Arbeitnehmerklasse die sechs Kandidaten des Gewerkschaftskartells ohne Gegenliste gewählt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Neustadt in Mecklenburg kam ein Maler zugereist, der sich während mehrerer Stunden derartig betrank, daß er sogar am nächsten Morgen noch nicht wieder das Bewußtsein erlangt hatte. Aus Besorgniß für seinen Zustand wurde ein Arzt geholt, der aber auch nicht zu helfen vermochte und bald darauf erklärte, daß der Maler an Alkoholvergiftung verstorben wäre. — In Kiel ertränkte sich der Kaufmann S. Lehmann jr. aus Hamburg, der dort mit einer großen Passiva fallirt hat. — In der Nacht zum Sonnabend ist die Station Kauberg an der Bahn Upenrade-Büsum-Kloster total niedergebrannt. — Eine schwere Beschuldigung ist gegen einen Angestellten in einer Altonaer Anstalt erhoben. Derselbe soll einen alten Mann in zu heißem Wasser gebadet haben und es heißt, daß letzterer so schwer verbrüht wurde, daß er an den Folgen der Brandwunden gestorben ist. Die Untersuchung wird wohl ergeben, was Wahres an der Sache ist. — Aus der Höhe der dritten Etage stürzte in Harburg ein Maurer vom Gerüst und trug lebensgefährliche Verletzungen davon.

Hamburg. Ein Segelschiff in den Grund gerannt. Das englische Schiff „Valkyrie“, Kap. Jones, welches am Donnerstag mit einer Ladung Kotes von hier nach Santa Rosalia abging, wurde in der Nacht zum Sonnabend bei Altenbruch, wo das Schiff vor Anker lag, von dem Hamburger Dampfer „Tijuca“, Kap. Brühn, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, angerannt und so schwer beschädigt, daß es nach kurzer Zeit in die Tiefe sank. Der Dampfer „Tijuca“ hat Schaden am Vordersteven erlitten. Zunächst wurde die Besatzung des Segelschiffes von dem genannten Dampfer aufgenommen und in Glückstadt gelandet. Der Dampfer kam nach hier zurück und legte im Strandhafen fest. Der Vordersteven ist unter der Wasserlinie gebrochen, das Vordersteven ist voll Wasser, doch halten die Kollisionsschotten dicht. Die Ladung wird in Leichter geladelt. Sonnabend Mittag sind mehrere Dampfer des Nordischen Vergungvereins von hier nach der Unfallstelle abgegangen, um sich die Lage des Schiffes „Valkyrie“ anzusehen. Die Besatzung desselben traf Sonnabend Abend hier ein. Der Kapitän und ein Steuermann blieben auf der Unterelbe in der Nähe des Schiffes. — Die Meldung von der Freisprechung Dr. Semler's wird demontirt. Es ist den Blättern, welche über die Sache berichtet hatten, die Mitteilung zu Theil geworden, daß eine Verammlung des Ehrengerichts der Anwaltskammer noch nicht stattgefunden hat.

Harburg. Der Staat geht voran! Nachdem in der Harburger Bahnhofswerkstätte nach Einführung der

Altonaer Affordräge an Stelle der bisher geltend gebliebenen „Hannoverschen“ Löhne, eine Lohnkürzung eingetreten, ist jetzt auch noch eine Betriebsbeschränkung angekündigt. Durch Anschlag wurde nämlich bekannt gemacht, daß die Arbeiter an den Sonnabenden einen halben Tag feiern müssen. Die Herabsetzung der Affordräge und die Betriebsbeschränkung bedeutet für die Arbeiter eine erhebliche Mindereinnahme. Ob der Lohnausfall durch gesteigerte Arbeitsleistung wett gemacht werden kann, ist wohl fraglich, da sich die Arbeiter bisher schon auf das äußerste anstrengen mußten. So wird an allen Ecken und Enden gespart. Die Arbeiter aber sind es, die dabei den Schaden in Gestalt einer Einbuße an ihrem knappen Gehalt zu tragen haben.

Harburg. „Verbrüderung deutscher Arbeiter“ nennt sich eine unter Unternehmerschutz stehende „Arbeiter“-Organisation in Harburg. Drei dortige Arbeiter, welche durch lange Arbeitslosigkeit müde gemacht waren, ließen sich nach dem Harburger „Volksblatt“ als Mitglieder aufnehmen in der naiven Hoffnung, dadurch Arbeit zu erhalten. Sie bezahlten also jeder 50 Pfg. und waren so zu Mitglüedern avancirt. Da wurde ihnen denn auch ein zusammengelegter Zettel, der durch Stempel versiegelt war, in die Hand gedrückt, mit dem man sie nach einer bekannten Harburger Fabrik schickte. Als sie dort dem Direktor den Zettel übergeben hatten, sagte er ihnen, daß keine Arbeit für sie vorhanden. Damit gab er ihnen kurzer Hand den nunmehr geöffneten Zettel wieder zurück. Dieser hatte folgendes Aussehen:

Na die
S. H. des Herrn
Harburg.
Berechtigter Fabrikleitung gestattet sich die „Verbrüderung deutscher Arbeiter“ mitzutheilen, daß die nachstehend bezeichneten Mitglieder der „Verbrüderung“ arbeitslos sind. Unter Bezugnahme auf die Tendenz des Vereins bittet der unterzeichnete Vorstand, wenn angängig, um baldige Einstellung dieser Mitglieder.

Der Vorstand.
J. N.: (gek.) Schmidt, Keesberg 103.

Vor- und Zuname	Wohnung	Alter	Beschäftigung	Bemerkungen

Das Formular war entsprechend ausgefüllt. Die Rubrik „Bemerkungen“ aber enthielt bei allen drei Arbeitern folgende Worte:

„Auf der Gummifabrik gestreift.“
Welchen Zweck mag wohl diese schöne Bemerkung haben? Soll sie vielleicht bezwecken, daß die so der brüderchaftlichen Liebe theilhaftig gewordenen bei den Arbeitgebern in ein möglichst günstiges Licht gestellt werden, damit sie desto leichter Arbeit von ihnen erhalten? Geht den Fall, diesen drei Leuten wäre der Zettel von dem Fabrikdirektor nicht wieder ausgehändigt worden, sondern sie wären, ohne über seinen Inhalt orientirt zu sein, unverrichteter Sache

zum Arbeitsnachweis der „Brüderschaft“ zurückgeführt, so hätte man ihnen dort gleich einen neuen Zettel mit derselben Bemerkung ausgefertigt und sie damit zu einem andern Arbeitgeber geschickt. — natürlich mit demselben Erfolge. Und so weiter! Und das Resultat? Die drei Arbeiter wären von Fabrik zu Fabrik gelaufen, — um sich überall als Leute vorzustellen, die beim Gummistreifen mit dabei gewesen sind!! — Wie diese „Brüderschaft“ sehen übrigens auch alle anderen „Brüderschaften“ zwischen Arbeitern und Unternehmern aus. Die Arbeiter werden dabei über die Ohren gehauen; was sie sich an einem konkreten Beispiel merken mögen!

Hagenow. Wer jaß auf der Anklagebank? Der 16jährige Hüßschreiber des Amtsgerichts, Meyer, hatte sich vor dem Landgericht zu Schwerin wegen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte war seit Oftern 1900 als Hüßschreiber beim Amtsgericht in Hagenow beschäftigt. In der ersten Zeit bekam er kein Gehalt (!), vom Mai d. J. aber „schon“ 50 Pfg. (!!) pro Tag. Er hat nun, um sich Taschengeld zu beschaffen, die Schreibische der Gerichtsaktuare geöffnet und zusammen über 100 Mk. daraus entwendet. Am 1. Oktober d. J. wurde er abgefaßt, als er dem Verwalter von den Willkürkassenbeiträgen, welche dieser auf einer Bank aufgezählt hatte, einen Fünzig-Markschein gestohlen hatte. Ferner hat er aus dem Materialschrank Schreibpapier, Radirgummi, 1 Flasche Leim, Federn, Federhalter, Bindfaden, Postpaketadressen und Kouberts entwendet, um diese Sachen in seinem Hause für sich zu verbrauchen. Das gestohlene Geld ist zum Theil von dem Vater des Angeklagten zurückerstattet. Die einzelnen Begehungen werden als eine fortgesetzte Handlung angesehen und die Strafe dafür auf eine Gefängnißstrafe von 6 Monaten festgesetzt.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:
im Gerichtshause, Zimmer 20,
Dienstags und Freitags, Mittags 12 Uhr.

Grundstück	Eigentümer	Termin
Fleischhauerstraße 40	Meyer	12. Novbr.
Hartengrube 9 ^a	Fischer gen. Bojs und Ruge	12. Novbr.
Radenburger Allee 28	Bollert	10. Dezbr.
Lüntenhagen 12	Steffen	13. Dezbr.
Johannisstraße 26	Wagner	13. Dezbr.
Marktstraße 18, 18a	Weidenfeller	17. Dezbr.
Wafenismauer 192	Förner	17. Dezbr.

Lübecker Marktbericht.
Lübeck, 9. November.
Bauernbutter Pfd. 1,25 Mk., Meiereibutter Pfd. 1,35 Mk., Hasen 3,50 Mk., Enten Stück 2,50 Mk., Hühner Stück 1,60 Mk., Küken Stück 1,— Mk., Tauben Stück —,50 Mk., Gänse Pfd. —,65 Mk., Fliedgans —, — Mk., Schweinstopf Pfd. —,45 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stück 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 50 Pfg., Kal Pfd. —,80 Mk.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Silbernen Hochzeit sagen herzlichsten Dank

J. Samuelson und Frau.
Zu sofort oder zum 1. Jänner eine kleine Wohnung zu 140 Mk. zu vermieten
Schönhaupstraße 13

Zu sofort 2 Wohnungen zu vermieten, 3 Zimmer und Zubehör, Stall und Garten, Preis 180 Mk.
E. Rehder, Hafenburg.

Gesucht zu sofort oder zu Oetern ein Schmiedelehrling
Joh. Brinckmann, Schmiedemeister, Sachstraße-Allee 1a.

Feine und Hausbands-Büchse wird sauber gewaschen und geplättet
Hilberstraße 9.

Maurerarbeiten werden gut und billig ausgeführt von **Wittwer, Zu der Waer 82.**

Spirituosen aller Art in 1 Lt., 5 Lt., 10 Lt., 20 Lt. und im Kleinverkauf auch bill.
August Vietig.

Holzarbeiter-Verband Mitglieder-Versammlung am Dienstag den 12. November Abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52. Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Billjell über: „Die sozialen Aufgaben des modernen Staates“.
2. Tagesfragen
3. Beschlüsse.
Um jährliches Einbringen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Concerthaus Flora Dienstag den 12. November: **Erster großer Familienabend.** Anfang 8 Uhr.
Max Siemas.

Socialdemokratisches Reichstags-Handbuch
von Max Schippel, Mitglied des Reichstags.
Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik.
Für Jedermann unentbehrlich.
Erscheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** und deren Colporteurs.

Eduard Bernstein: Zur Geschichte und Theorie des Socialismus.

Ein Document von grundlegender Bedeutung für die Geschichte des modernen Socialismus ist das obengenannte neueste Werk Eduard Bernsteins. Der Leser erhält hier alle von Eduard Bernstein selbst herrührenden Stücke jener Bernstein-Debatte, welche die socialistische und mit ihr die ganze gebildete Welt so lebhaft beschäftigt hat, wie vordem keine andere Discussion. Handelte es sich doch um die Grundfrage, von denen die gesamte Theorie und Praxis des Socialismus ausging.
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

Führer durch die **Strafprozessordnung.** Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei. Von Dr. Hugo Heinemann. Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

Winkler's Museum Entrees-Ermässigung. Jetzt 30 Pfg. Dienstag und Freitag **Die letzten Damentage.** Sonntag den 17. Nov.: **Schluß!**

Ihren reinigten 1,50, Federn einsetzen 1,50, 1 Jahr Garantie. **Uhrgläser 1. Qual. 0,30.**
Aug. Büttner, Uhrmacher, Gürstraße 32.

Gesangverein „Eintracht“
BALLE

am Sonntag den 17. November im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Anfang 6 Uhr Ende 2 Uhr. Mitgliederkarten müssen vorgezeigt werden. Einführung gestattet.
Das Fest-Comitee.

Circus Varieté Letzte Woche!! Schulleiterin auf der Bühne. Heute: Spanische Schule und das prachtvolle Specialitäten-Programm. Neu! Kolossaler Lacherfolg: **Die Wahrsagerin.** Ensemble mit Heinr. Kalberg und Marka Fraya. Anfang des Concerts 7 1/2.

Stadt-Theater. Dienstag den 12. November. Anfang 7 1/2 Uhr. 39. Abon.-Vorst. 45. Vorst. 7. Dienstag-Abonn. Gastspiel des Herrn Albert Sontoneff Mit gänzlich neuer Ausstattung. Zum 2 Male.
Der Zigeunerbaron. Mittwoch den 13. November. Zum 2 Male.
Wallenstein's Lager und **Die Piccolomini.** Gastspiel des Hofchauspielers Emil Bloss.

Von Hainfeld bis Wien.

Der soeben beendete Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der in der Hauptsache sich mit der Programmrevision zu beschäftigen hatte, findet in unserem Wiener Parteiorgan, der „Arbeiter-Zeitung“, folgende Würdigung:

„Der sozialdemokratische Gesamtparteitag, der heute seine Arbeiten beschloß, wird denkwürdig sein in der Geschichte unserer Partei. Man wird ihn weit mehr nicht nur nach dem, was er geleistet, was er für die Zukunft des organisierten Proletariats bedeutet, sondern man wird an ihm auch das Wert der Vergangenheit messen. Wir haben uns heute ein neues Programm gegeben und dadurch einen Abschnitt in dem ununterbrochenen Fluße unserer eigenen Geschichte abgeschlossen. Man wird feststellen, welchen Weg das sozialdemokratische Proletariat Österreichs gegangen ist, was aus ihm geworden ist in der Epoche vom Hainfelder Programm 1888 bis zum Wiener Programm 1901. Und man wird sagen müssen: Die Sozialdemokraten in Österreich sind dieselben geblieben, und sie sind zugleich völlig andere geworden. Sie sind dieselben in ihren Grundanschauungen, das haben gerade die Erörterungen über die Revision des Parteiprogramms gezeigt; sie sind dieselben geblieben in der unbegrenzten Energie ihres Willens, sie sind dieselben geblieben in der Klarheit des Bewußtseins, daß die Sozialdemokratie nicht mehr und nicht weniger ist als die Träger und Vollstrecker der geschichtlichen Mission des Proletariats, und daß sie eben darum der Anwalt, Schützer und Erzieher aller Schichten der Arbeiterschaft ist, ihre Führer in die Zukunft, ihr Helfer in der Gegenwart.

Die Sozialdemokraten sind aber völlig andere geworden seit Hainfeld. Denn damals waren sie eine kleine Schar verfolgter Männer und Frauen, eine Partei ohne Organisation, ohne Presse, ohne parlamentarische Vertretung. Die heute in Wien ihr neues Programm beschloßen, das waren die Vertrauensmänner einer weitverbreiteten, starken und täglich wachsenden politischen und wirtschaftlichen Organisation, deren Presse allwöchentlich zu Millionen von arbeitenden Männern und Frauen spricht in allen Sprachen dieses Landes, das waren die erwählten und parlamentarischen Vertreter der stärksten politischen Partei in diesem Österreich. Die Geheften von damals, die das mehrfache Bild jedes Bezirksparlaments und Justizmörders waren, sind heute zu einer Partei geworden, die zu respektieren man hat lernen müssen. Das österreichische Volk von der Arbeiterklasse ferngehalten hat freilich keine menschliche Macht vermocht, aber den besonderen Fluch, den damals die Unwissenheit, Beschränktheit und Brutalität der Herrschenden über die Arbeiter in diesem Staate verhängte, ihn hat die Sozialdemokratie zu bannen gerufen durch ihr unermüdetes Erziehungswerk, das nicht minder wie nach unten nach oben gerichtet werden mußte.

Die Sozialdemokraten sind aber auch andere geworden, weil sie seit Hainfeld gelernt haben und geistig gewachsen sind. Wer die Verhandlungen dieses Parteitages verfolgt hat, wird von ihnen sagen müssen, daß sie als geistige Leistung nicht unwürdig zur Seite stehen den Verhandlungen unserer älteren Bruderparteien, und daß es in unserem Lande, wir sagen es mit eben so viel Bedauern als Stolz, keine einzige andere Partei giebt, die dieser Leistung auch nur entfernt fähig wäre. Das geistige Niveau der Arbeiterschaft Österreichs, ihr politischer Ernst, ihre Dichtigkeit ist gestiegen seit Hainfeld, das ist vielleicht, was am meisten erfreut an diesem Parteitag. Wer täglich leidet unter dem Jammer der österreichischen Rückständigkeit, wenn die österreichische Dummheit und Faulheit das Leben vergällt, wer oft verzweifelt zu erfinden meint im österreichischen Sumpfe, der mag auf diesen Arbeiter-Kongreß hinblicken als auf eine Hoffnung und eine Bürgschaft. Die Summe von Kraft und Intelligenz, die die Sozialdemokratie aus dieser armen, gedrückten, gequälten Arbeiterschaft zu entbinden gewußt hat, sie beweist, daß der beste Kern der Völker Öster-

reichs gesund geblieben ist trotz aller Verwundungen, die an ihnen begangen wurden. Jede Hoffnung richtet sich auf in diesem Bilde. Trost, Stärkung und Erhebung quillt aus der Gewißheit, daß die Zukunft der Sozialdemokratie, der Partei der klassenbewußten Arbeiter gehört.“

Das neue Programm

Der österreichischen Sozialdemokratie lautet nunmehr endgültig wie folgt:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterscheid der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmern. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft in heutigen Klassenstaaten ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Kräfte in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldenknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anjuchwollen des von ihm selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entpringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat answellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel der Eroberung der politischen Macht des Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtebewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jeder Zeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller

Verdunkelung und Verhüllung der Klaffengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit, der Meinungsäußerung, sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1) Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom zwanzigsten Lebensjahre an; Proportionalwahlrecht; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Berufungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3) Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung völler Pressefreiheit durch Aufhebung des objektiven Verschens und der Einschränkung der Postpostage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4) Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Bagabunden- und Schutzgesetze.

5) Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6) Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7) Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8) Erklärung der Religion als Privatangelegenheit; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbstständig ordnen; obligatorische Zivildienst.

9) Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10) Erhebung aller indirekten Steuern und Abgaben durch flufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern.

11) Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12) Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne bürgerlich-rechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

12) Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Ar-

Leibeigenen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.
Von Wilhelm Braunsdorf.

12. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Endlich legte Peter den Brief vor sich auf die Bank und sein sorgenschweres Haupt neigte sich vornüber auf die gewaltige Brust. Er grubelte und rechnete und fand es nicht begreiflich, wie das Leben und Studium seiner Kinder in der großen Stadt so ungewöhnlich hohe Geldsummen verschlingen könne. Und dies just in letzter Zeit, während Sohn und Tochter anfangs mit viel bescheidenen Mitteln sehr gut ausgekommen waren. Und dies hatte sich nun plötzlich geändert. Der Alte war kein Geizhals — gewiß nicht — und hielt seine Kinder durchaus nicht kurz. Sie sollten nicht Noth leiden, aber auch keine unnütze Aufwendungen machen.

Er besaß ein recht hübsches Vermögen und seine Wirtschaft brachte jährlich, jahraus reichlichen Gewinn. Er konnte also auf seine Kinder schon etwas verwenden — aber — was zu viel ist, ist zu viel, und die hohen Geldsummen, die Peter nun fast jeden Monat nach Moskau zu schicken hatte, hätten einen weniger vorsichtigen und besorgten Vater stuhlig machen können. Besonders der letzte Brief Sergei's raubte dem Alten alle Ruhe. Fünfhundert Rubel! Wenn es so fort ging, nur wenige Jahre, und die Ausgaben steigerten sich weiter — dann — den Schluß wagte er nicht mehr anzudenken.

Sollte der Junge etwa — die Großstadt mit ihren Verführungen und Lasten — nein, nein, das war nicht möglich, Sergei hatte niemals Neigung zu einer wirklichen Untugend, zum Leichtsinne und zur Verschwendung gezeigt. — Aber dennoch — dennoch?

Peter schüttelte zögernd und zweifelnd das Haupt und grubelte weiter. Auch mit dem Mädel beschäftigte sich sein

unruhiger Sinn. Auch in ihren Briefen bildeten in letzter Zeit die „unvermeidlichen Ausgaben“ eine ständige Anleihe; zu oft stand etwas darin zu lesen von einem neuen Kleide, von diesem und jenem; freilich war es immer nur ein bescheidener Wink, in plaudernder Erzählung äußerte sich der Wunsch, den ihr der Vater schwer verjagen konnte. Dann berichtete Annuschka von neuer Umgebung, vom Verkehr in besserer Gesellschaft, dem sie sich nicht entziehen könne und dürfe. Der gute Alte ahnte wohl, daß gebildete Menschen besseren Umgang haben müssen, und wenn die Geldforderungen sich auch häuften, er schickte den Kindern Geld und schickte es immer wieder, aber damit auch ernste Ermahnungen, von denen er voraussetzte, daß sie auf fruchtbaren Boden fallen würden.

Seit Tagen aber quälten ihn böse Träume, und die schlechende Unruhe, die an seinem väterlichen Herzen nagte, wollte nicht mehr von ihm weichen. Er mußte Gewißheit haben, wie es um seine Kinder stand, mußte Erkundigungen einziehen, um nöthigenfalls seine Maßregeln treffen zu können.

Mit diesem Entschluß ging er in das Haus und berief Juraka, seinen Hausgeist und Vertrauten zu sich. Diesem trug er auf, sofort nach Moskau zu reisen und Sergei die 500 Rubel, um die er in seinem neuesten Briefe dringlich gebeten, zu überbringen. Außerdem beauftragte er ihn mit der geheimen Mission, schlau und vorsichtig zu erforchen, ob das viele Geld auch guten notwendigen Zwecken diene, und ob nicht Verschwendungssucht bei Sergei, weibliche Eitelkeit bei Annuschka daran Antheil habe; er solle für Alles, was die Kinder betrifft, ein offenes Ohr und Auge haben und dann gewissenhaft Bericht erstatten.

Juraka war nicht wenig stolz auf diese Mission und zugleich erfreut über die Gelegenheit, einmal sein geliebtes Moskau wiederzusehen. Mit imponierendem Selbstbewußtsein versprach er, alle wünschenswerthen Auskünfte für den besorgten Alten mitzubringen. Dann warf er sich in aller

Eile in seinen Festtagsstaat, bestieg das vom Knecht schon bereit gehaltene Gefährt und fuhr, lustig mit der Peitsche knallend und ein fröhliches Liedchen pfeifend, im Trabe in den sonnigen Frühlingstag hinein. —

Es war am zehnten Tage nach der Abreise Juraka's und Peter Michailowitsch sah seiner Rückkehr mit steigender Ungeduld entgegen. Mehrmals des Tages trat er auf die Dorfstraße hinaus oder erstieg eine im Hofe stehende Leiter, um vom Dachstuhl aus, den ein Storchneß krönte, nach der Straße hinüber zu schauen, von der Juraka kommen mußte. Warum der alte krummbeinige Döppele nur so lange ausblieb! Unwirsch brumnte es der Riese in den Bart, wenn er vom Ausguck wieder in das Haus zurückkehrte, ohne von dem sehnsüchtig Erwarteten etwas bemerkt zu haben.

Endlich, am Nachmittage, raffelte ein Wagen heran. Dichte wirbelnde Staubwolken entzogen ihn einstweilen noch den Blicken und erst beim Näherkommen erkannte des Alten scharfes Einauge sein Gefährt.

„Moskau, Moskau, du weißgemauerte Stadt!“
Juraka krächzte das bekannte Volkslied mit heiserer Stimme und knallte mit der Peitsche, daß es nur so durch die staubige Gasse schallte.

„Vrrrrr, mein Sämmchen!“ lieblos strich der knotige Peitschenstrang über den Rücken des freudig wiehernden Gauls.

Der Wagen hielt. Juraka war in heiterster Stimmung. Mit drohlicher Wichtigkeit, als sei er von einer Reife um die Welt zurückgekehrt, blickte Juraka auf den Wirth herab und seine fröhlichen Graugängelein blinzelten ihn vertraulich an.

„Gdrastwui, Watjuscha — sei gegrüßt, Väterchen!“ krächte er dann und schwang seine fugeleige Gestalt vom Wagen herab. „Na — und da bin ich wieder. Viele Grüße von Deinen braven Kindern, Alterchen — o, ich habe Dir viel zu erzählen — bringe prächtige Nachrichten — Maul und Ohren wirst Du aufsperrn — habe meine Sache gemacht“

better von allen ihre Thätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterchutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

- 1) Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter, Aufhebung der Dienstbotenordnungen.
- 2) Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
- 3) Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.
- 4) Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.
- 5) Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.
- 6) Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Grosindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzesgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Wittwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Soziales und Partielleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Piano-Arbeiter in Stockholm sind in den Streit getreten, nachdem die Fabrikanten den bisher geltenden Tarif gekündigt hatten und Lohnreduktionen vornehmen wollten. Einige Fabrikanten haben bereits bewilligt. — Der Streik in der Waggonfabrik in Arlöf bei Malmö dauert noch immer fort. Die Hoffnung, die man an die vor einiger Zeit erfolgte Verabschiedung des Direktors Köppl geknüpft hatte, daß nun eine Einigung herbeigeführt werden würde, hat sich nicht erfüllt. Verhandlungen mit dem neuen Leiter der Fabrik haben bis jetzt noch zu keinem annehmbaren Resultat geführt.

Das Resultat der Abstimmung im Deutschen Bäckerbunde über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist nunmehr vom Verbandsvorstande festgestellt worden. Es haben sich an der Abstimmung 242 Mitglieder beteiligt. Davon stimmten 1623 Mitglieder mit „Ja“, 801 Mitglieder mit „Nein“. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, verbunden mit Krankenzuschuß und Sterbegeld an Mitglieder, ist also mit 1623 gegen 801 Stimmen beschloffen, das sind sieben Stimmen über 2/3 Majorität. Der Verbandsbeitrag beträgt demgemäß ab 1. Januar 1902 40 Pf. pro Mitglied und Woche.

Eine Arbeitslosenzählung, welche das Gewerkschaftsbüro in Braunschweig vornahm, ergab, daß z. Bt. 679 Arbeiter, darunter 298 verheiratete mit 642 Kindern, ohne Arbeit sind.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In Heidersdorf im Kreise Ruppach (Schlesien) ist ein vorgehüllter Gräberplatz von sehr bedeutendem Umfange entdeckt worden. In den nach Hunderten zählenden Gräberstätten, die theils dicht unter der Erdoberfläche, theils bis 1 Meter tief lagen, wurden zahlreiche Gefäße, Schüsseln, Hentelschalen, Löffel, ferner nennenswerthe Bronzeflechte, Nadeln und Ringe gefunden. — Die Strafammer in Aachen verurtheilte den letzten Verurteilten an der Aachener Sternberg-Affäre, den nach Schweden geflüchteten und von dort angekündigten Desfontaines Defries zu sechs Monaten Gefängnis. — In dem Bergwerk „Glückauf“ (hinter Wilhelmshöhe bei Kassel) wurden 2 Bergleute erschossen, von denen der 19jährige Bergmann Ludwig aus Hov (Bezirk Kassel) seinen Tod fand. — Dieser Tage wurde in Petersbaurgarten bei Neumarkten ein Advokat — sollst hören und staunen und wirst Deinem treuen Juraka gern ein Extraktstückchen anschauen — meine Wehle ist ausgerodet — oh —

Peter zerrte den prahlenden Schwärzer, ihn am Hock tragen lassend, ungehört in die Stube hinein. Dort ließ sich Juraka, schneidend und prüfend, breit auf eine Bank fallen und that mit üblicher Trübsinnigkeit einen tiefen Zug nach dem andern aus dem Behälter, den Peter bis oben an mit dem besten Wodka gefüllt hatte.

Nach langem Schnalzen und Räuspfern begann der Weitzgerichte auf das ungeduldige Drängen des Wirtches endlich seinen Bericht.

„Mutterchen! Mutterchen! — ich sage dir — es ist großartig — großartig! — Ich will gar nicht von dem schönen Moskauer sprechen, wie sich da alles verändert hat, von der großen Pracht, von den neuen Kirchen und den vielen Menschen — nein, von Deinen lieben Kindern, Vätern — Deine Kinder sind gesund und munter wie ein Fisch im Wasser, und — neu, es ist großartig!“

„Ihr die schwärzigen Kaug mit weit auferhessenen Augen und hübschelte mit feinen langen Armen in der Luft herum. Was ist aus Deinen Kindern geworden! Welches Ansehen! Welche Ehr! Freue dich, alter pappler Kerl! — Da ist dein Junge, der Sergei — verheiratet war mit hochgeborenen Herren, mit Fürsten und Grafen und hohen Beamtenherrschaften. Sergei ist ein feiner, vornehmer Herr geworden, vor dem man einen Respekt kriegt, wie — na ja, das macht aber die Schule, die große Stadt und der noble Verkehr.“

„Aho deute dir, Mutterchen“, sagte Juraka, „Sojarensojare sind so keine gewöhnlichen Fremden — und er geht mit ihnen nun ganz wie mit Seinesgleichen; er ist sehr an-

das vierjährige Söhnchen des dortigen Gastwirths Ofenbäck von einer auf der Weide schon gewordenen Kuh mit ihren Hörnern aufgespießt und blieb sofort todt. — Bei dem Brande eines Tuchmagazins in Koubai wurden durch den Einsturz des Daches zwei Feuerwehrlente getödtet und viele Personen verwundet. — In Paris herrschte am Donnerstag überaus starker Nebel, sodaß eine Menge Personen überfahren und durch sonstige Unfälle verletzt wurden. 23 Unfälle haben einen tödtlichen Ausgang genommen. In St. Michel-Suraum wurden sieben Arbeiter von einem Zuge erfasst und zur Seite geschleudert. Drei Personen wurden schwer, die anderen leicht verletzt. In Clamart stießen zwei Straßenbahnwagen zusammen, wobei drei Passagiere getödtet und neun schwer verletzt wurden. Auf der Westbahn stießen zwei Eisenbahnzüge zusammen, wobei ebenfalls eine Anzahl von Passagieren verletzt wurden.

Ein österr. Kulturbild. Der in Gr.-Subaine stationirte Gendarm verhaftete einen 14jährigen Jungen, der bei einem dortigen Besizer einen Dienst angenommen hatte. Der Junge war, so wird dem „Ges.“ berichtet, durch sein schneues Weien aufgefallen und lenkte dadurch Verdacht auf sich. Dem Gendarm gestand er ein, daß er seinen Vater erschossen habe, weil dieser ihn zwang, auf dem Felde bei der Kartoffelernte zu helfen. Er sei aus Feld gelassen und habe dort mit der Werdwaffe auf seinen Vater gewartet, um ihn niederzuschießen. Er habe aber den Muth nicht gefunden und sei wieder nach Hause zurückgekehrt. Als der Vater vom Felde heimkam, habe er ihn beim Eintritt in die Thüre niedergeschossen und sei dann geflohen. Der Mannsch gab auf Befragen, ob es ihm denn nicht leid thue, seinen Vater ermordet zu haben, die Antwort: „nein“. Auch um seine Mutter ist es ihm nicht leid. — Das sind die Früchte der konservativen Volksverdummung!

Schwere Soldatenmißhandlungen beim Mananregiment in Hanau beschäftigten Donnerstag das Obergericht in Frankfurt a. M. Auf der Anklagebank saß der Unteroffizier Fr. Engel der 1. Schwadron, der schon 1899 wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit 7 Tagen gelinden Arrests bestraft worden ist. Wegen neuer Mißhandlungen hatte ihn ein in Hanau zusammengetretenes Kriegsgericht zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt und dagegen hatte er Berufung eingelegt. Zu der Verhandlung waren 30 Zeugen geladen, die sich aber zum Theil recht zurückhaltend äußerten und von dem die Verhandlung leitenden Oberkriegsgerichtsrath ernstlich zur Angabe der Wahrheit ermahnt wurden. Engel hat den Manan beim Reiten und beim Appell Pöffe, Stöße und Ohrfeigen versetzt, versicherte aber, er habe keine böse Absicht dabei gehabt. Wenn die Soldaten beim Appell die Hosen vorzeigen mußten, klopfte er mit dem Rohrstock auf die Hosen und gelegentlich, wenn noch Staub darin saß, auch auf die Finger. Unter den zwei Duzend Fällen, die ihm zur Last gelegt wurden, ist der schwerste die Mißhandlung des Manan Flic am 30. April. Flic war an diesem Tage in der Frühe von dem Unteroffizier Kirchner beim Reiten mit der Lanze auf den Kopf geschlagen worden, weil er nicht rasch genug umfartete, eine Mißhandlung, die dem Kirchner inzwischen acht Tage Mittelarrest eingetragen hat. Einige Stunden später stand Flic im Stall und putzte sein Pferd. Seinen Karabiner hatte er, statt ihn wegzutragen, an eine Säule im Stall gehängt. Das sah der Unteroffizier Engel, ergriff den Karabiner, schlug damit den Manan auf den bloßen Kopf und versetzte ihn noch einige Stöße. Der Man wurde dadurch ganz verblüht, ließ aus der Kaserne fort, wurde im Walde schlafend gefunden und mußte ins Lazareth geschafft werden, da er verwirrte Reden führte. Er ist jetzt wieder hergestellt, weiß aber nicht mehr, wie er in den Wald gerathen ist, und will erst im Krankenhaus wieder zum Bewußtsein gekommen sein. Er erklärt, er sei auch sonst von dem Unteroffizier mit einem Stock geschlagen worden, was der Angeklagte bestritt. Das Urtheil sollte Sonnabend verkündet werden; wir werden es unter den „Kl. pol. Nachr.“ mittheilen.

Der Redakteur hat das Recht, vermeintliche Mißstände öffentlich zu besprechen. Der frühere Redakteur des „Braunschweiger Volksfreundes“, Genosse Heymann, war vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers und des Gemeinderathes von Braunlage zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Die Berufungsinstanz hob das Urtheil jedoch auf und erkannte auf 30 Mk. Geldstrafe. Die Thatfache, die den Verhandlungen zu Grunde lag, ist folgende: In einem am 16. Januar ds. Js. im „Volksfreund“ veröffentlichten Artikel wurde behauptet, daß bei einer durch die Kreisdirektion vorgenommenen Untersuchung in der Gemeindefasse zu Braunlage ein Fehlbetrag entdeckt worden sei, dessen Höhe noch nicht festgestellt worden

war. Dieser Fehlbetrag sollte dadurch entstanden sein, daß dem früher in Braunlage amtierenden Pastor Sorge und dem gleichfalls dort thätigen Kantor Hoffmeister Ehrengeschenke bewilligt sein sollten, wofür die Kosten nicht ordnungsmäßig bewilligt worden seien, da einige Gemeinderathmitglieder nicht davon unterrichtet waren. Zum Schluß wurde in dem Artikel aufgefordert, mit dem Gemeindevorsteher und den Mitgliedern des Gemeinderathes reinen Tisch zu machen, da sie alles Vertrauen verloren hätten. Durch die Beweisaufnahme wurde jedoch erwiesen, daß ein Fehlbetrag in der Gemeindefasse nicht vorhanden war und daß das Ehrengeschenk im Werthe von 300 Mark an Pastor Sorge durch gemeindefasslichen Beschluß des Gemeinderathes, des Kirchen- und Schulvorstandes bewilligt worden ist. In der betreffenden Sitzung waren die Mitglieder der obgenannten Körperschaften unter Bekanntgabe des zur Beschlußfassung zählenden Gegenstandes eingeladen worden. Dem Kantor Hoffmeister sind durch Beschluß des Gemeinderathes bezw. Schulvorstandes Unterstügungen von mehreren Hundert Mark zu Kurzwecken und ein ratenweise zurückzahlendes Darlehen von 400 Mark bewilligt worden. Wegen dieser letzteren Beschlüsse wurde seitens des Bürgervereins Beschwerde geführt, die von der Kreisdirektion Blankenburg jedoch nicht für beachtlich befunden wurde. Nach der zweiten Verhandlung gelangte das Gericht zu einer wesentlich milderen Auffassung der Sache, da der Artikel zweifellos aus politischen Gründen geschrieben sei, um die Wiederwahl des Gemeindevorstehers und Gemeinderathes zu verhindern. Darin, daß sich der Angeklagte in gefälliger Form gegen Gemeindevorsteher und Gemeinderath äußerte, indem er behauptete, daß diese alles Vertrauen verloren hätten, liege eine Beleidigung; gleichwohl müsse zugegeben werden, daß der Angeklagte die vermeintlichen Unregelmäßigkeiten öffentlich zur Sprache bringen durfte.

Ja, Nur, das ist ganz was anderes. Karl Blind veröffentlicht in „Nord und Süd“ einen Artikel mit der Aufschrift „Neben- und Pressefreiheit in A. P. und in Irland und der Krieg“, in welchem daran erinnert wird, was England einst im Kampfe gegen Napoleon I. und für Spaniens und Portugals Unabhängigkeit that. In Spanien bildeten sich damals „Guerrilla“-Scharen, in Portugal die sogenannte „Ordenanza“, eine Art Volkswehr. Von den Franzosen wurden die Vaterlandsverteidiger für „Banditen“ erklärt und betreffende Gefangene wurden erschossen. Wir kennen das ja auch von Seiten des forsichigen Eroberers in unserer eigenen Geschichte. Da schrieb nun Wellington an den Marschall Massena folgendes: „Was Sie „Bauern ohne Wehrtracht (Uniform)“ und „Mörder und Straßenräuber“ nennen, das ist die Volkswehr dieses Landes. Wie es scheint, verlangen Sie, daß diejenigen, die kriegsführende Rechte beanspruchen, in Uniform gekleidet sein müssen. Aber Sie sollten sich erinnern, daß Sie selbst einst zum Ruhme des französischen Heeres beigetragen haben, als Sie Soldaten befehligten, die keine Wehrtracht besaßen. Die einfache Frage entsteht hier: ob ein Land, in das ein übermächtiger Feind eingefallen ist, das Recht besitzt, sich desselben mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu erwehren. Ist dies Recht vorhanden, so ist Portugal gerechtfertigt, die „Ordenanza“ ins Feld zu stellen, eine von den Bundesgesetzen anerkannte und ihnen gemäß eingerichtete Streitkraft.“ Das ist ganz der Fall der Buren. Vergessen sei übrigens nicht, daß, als die Franzosen schändlicher Weise die Niederwerfung der Gefangenen durchführten, die spanischen und portugiesischen Volkswehren ihnen ebenso heimzählten. Bis jetzt aber haben die beiden südafrikanischen Freistaaten ihre englischen Gefangenen (deren es etwa 20 000 waren) immer freigelassen. Nach Völkerrecht wäre die Regierung zu Pretoria vollkommen befugt gewesen, Jameson als Freibeuter zu richten. Statt dessen lieferte sie ihn an England aus. Der Dank dafür ist der jegige Freibeuterzug Nummer zwei.

Der schlagfertige Kapellmeister. Der Regimentskapellmeister Piro wurde vom Garnisonsgericht in O. M. u. H. wegen Mißhandlung der Mannschaft der Musikkapelle zu zwei Monaten Garnisonsarrest verurtheilt.

Steuerschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 9. November

Der Schweinehandel verlief gut. Angebot war 1200 Stück, davon vom Norden — von Säden — 500 Stück. Nachfrage: Englischeine — 100, Verkaufswert, schwere 61—63 Mk., leichte 62—63 Mk., Sauen 53—58 Mk. und Ferkel 59—62 Mk. pr. 100 Pfd.

gesehen, weil er so ein guter Junge ist und einen hellen Kopf hat — und da nehmen sie ihn dann mit zu ihren Vergnügungen und Gelagen — in die nobelsten Häuser natürlich. — Väterschen, Väterschen, ich sage dir, dein Junge, der Sergei, wird einmal ein großer Mann! — Wie er in diese feine Gesellschaft gekommen ist, wer ihn dort eingeführt hat, willst du wissen? — So höre und staune und reize dir vor Verwunderung jedes Haar deines Bartes einzeln aus — — der junge, edle Fürst Konstantin ist es, der Sohn des alten Tyrannen dort oben — kein Geringerer! — Na, was glödest du mich so närrisch an? Denkst du, ich mache dir Wind vor! — Juraka, dein treuer Diener hat noch nie gelogen! Was ich dir erzähle, ist alles wahr — alle Heiligen sollen mich strafen, wenn es nicht wahr ist! — Also der junge Fürst Konstantin — das ist ein Prachtkerl — so ganz anders wie sein Vater, der grimmige Brüllgemisch. — So stolz er den Kopf auch trägt — da ist nichts von Schamlosigkeit, Verachtung und Hohn gegen geringere Leute. Hat er mir — dem alten Juraka — doch fremdlich auf die Schulter geklopft, hat gelächelt und gesagt: „Juraka, Juraka, du bist ein grundgescheidter Kerl!“ und hat mir dann fünf Rubel geschickt — fünf Rubel! und der edle junge Herr sagte selbst zu mir, Sergei Michailowitsch sei sein liebster Freund — ein Prachtkerl, dieser Konstantin — nicht? Was ist es noch genauer erfahren, wenn ich eine kleine Last abgeleitet haben werde — eine kleine, kleine Last — ist nichts Schlimmes, Väterschen, gar nichts Schlimmes — reiche mir deine Hand und verspreche mir, nicht böse zu werden, nicht ungerath zu sein — das, was ich dir sagen werde, nicht falsch zu verstehen —

„Weiter, weiter — nur weiter!“ drängte des Wirtches

Värenstimme befehlend, fast drohend, und sein Einauge begann unheimlich zu funkeln.

Mit beiden Händen fuhr Juraka ungehört in den Hängebart des Alten, verzog das rothe Vollmondgesicht zu einem bittenden Lächeln und bemühte sich, einen innig flehenden Schmelz in seine heiser-kächzende Stimme zu legen, als er redselig fortfuhr:

„Nicht böse sein, Väterschen — guter Alter — Sergei, an dem du noch große Freude haben wirst — er hat mir etwas aufgetragen — ich soll dir's vorzüglich beibringen, wenn du bei guter Laune bist — also: Der gute Junge braucht gleich wieder zweihundert Rubel — eine Kleinigkeit für dich. — Der Verkehr mit den hochgeborenen Herren — bist ein vernünftiger Mann, Alter, und wirst einsehen, daß dein Herr Sohn sich nicht lumpen lassen kann; er muß doch die Ehre seines Vaters und sein eigenes Ansehen wahren — da giebt es also so mancherlei notwendige Ausgaben, von denen wir dumme ungebildete Bauernkerle uns nichts träumen lassen — Sergei hat also keine Schulden machen müssen, die ihn drücken und die er rasch aus der Welt schaffen möchte. — Väterschen, du wirst ihm die lumpigen zweihundert Rubel schicken.“

Der Niefe stand noch immer unbeweglich da, jedes Wort verschlingend und das Auge durchbohrend auf den Schwärzer gerichtet. Ein Laut, wie das Grollen eines fernen Gewitters drang aus seinem Barte hervor.

Und da fuhr Juraka auch schon wieder fort — nicht mehr in dem prahlenden Tone auch nicht mehr bittend — nein, jetzt schrie er plötzlich ganz unvermittelt den Alten an und mit einem Entschlusse, daß sein Körper in eine Gliederpuppe sich verwandelte.

(Fortsetzung folgt.)